

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 217.

Montag, den 16. September 1912.

19. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Der Notschrei der Massen!

Man erinnert sich, welche fürchterliche Geschrei seinerzeit die Junker und die Großbauern erhoben haben, als es für sie sich darum handelte, die Wucherzölle durchzusetzen, die ihnen nun ungezählte Millionen in den Schoß gleiten lassen, während die Masse des Volkes mit bitterem Mangel kämpfen muß und einer unheilvollen Unterernährung preisgegeben ist. Die Junker und ihr Gefolge haben ehemals die größten Mittel angewendet, um ihrer Agitation Nachdruck zu geben; sie haben es an Beschimpfungen der Regierung und an wilden Drohungen nicht fehlen lassen; sie haben das Gespenst der Revolution mit grellen Farben an die Wand gemalt und sie haben die abgefemtesten demagogischen Künste angewendet. Es war nur ein verhältnismäßig kleiner Teil der Bevölkerung, von dem dieser Lärm ausging, aber man verstand sich dort darauf. „Wir müssen aufhören, zu klagen“, erscholl es damals aus den Reihen der Agrarier, „wir müssen schreien!“ Wir müssen schreien, daß es das ganze Volk hört, wir müssen schreien, daß es in die Parlamentsäle dringt, wir müssen schreien, daß es bis an die Stufen des Thrones vernommen wird! — Und als Haupttrumpf wurde dann noch die Drohung ausgespielt, die Herren Agrarier würden unter die Sozialdemokraten gehen, eine Drohung, die uns höchst lächerlich vorkam, die aber manchem liberalen Philister das Gebein von neuem schlattern gemacht haben mag.

Und es fand sich ein glatter Kanzler, der sich den Zeitgenossen erst als einen „modernen Menschen“ vorkäufeln wollte, aber von dem agrarischen Lärm sich ins Böckshorn jagen ließ und schließlich die Forderungen der Junker und ihrer Trabanten durchsetzen half. Er hatte in dem Wahn gelebt, diese nimmerfatte Horde befriedigen zu können. Und es erreichte ihn bald darauf die gerechte Strafe. Er erlaubte sich einen „rollenwidrigen Seitenprung“ und dieselben Leute, denen er mit den Wucherzöllen die Taschen gefüllt hatte, stießen ihn übermütig und rücksichtslos über Bord.

Die Junker wissen also recht gut, was es bedeutet, wenn eine bestimmte Gruppe des gesamten Volkes ihre Forderungen mit Nachdruck vertritt.

Aber zurzeit stehen sie den Forderungen nicht einer Gruppe, sondern der Masse des gesamten arbeitenden Volkes mit brutalem und kaltem Hohn ablehnend gegenüber. Sie erteilen mit gewohnter Anmaßung in herrlichem Tone der Regierung den Befehl, den Notschrei der Massen zu ignorieren; die Grenzen nicht zu öffnen und das darbennde Volk mit verbrauchten Weisheitsprüchen abzuspelzen.

Derweilen schlagen die Wogen der gegen die unerträgliche Teuerung gerichteten Volksbewegung höher und höher empor. In ganz Deutschland werden erregte Versammlungen abgehalten, in denen die Öffnung der Grenzen und Lebensmittelversorgung durch die Gemeinden dringend gefordert wird. Aller papierne Trost von oben wird gar nicht beachtet. In einigen von der Not besonders heimgeführten Gegenden hat die Erregung der Bevölkerung zu Marktkrawallen geführt. In Berlin harren Tausende Tag und Nacht vor der Freibank, um ein Stückchen minderwertiges Fleisch zu erhalten.

Dies sind Erscheinungen, wie sie Deutschland noch niemals gesehen hat, nicht einmal in den Hungerjahren 1816 und 1847. Noch niemals hat die Not unser Volk in solchem Umfang ausgegründet.

Zur selben Zeit muß unser Volk vernehmen, wie das deutsche Getreide zu Schleuderpreisen ins Ausland ausgeführt wird, und zwar in Masse. Für jeden Zentner Roggen, den die Großgrundbesitzer ausführen, erhalten sie einen der bekannten „Einfuhrschillinge“ im Werte von 5 Mk., der so gut wie bares Geld ist. Allein für Roggen hat das Reich im letzten Erntejahr den Agrariern auf diesem Wege 28 Millionen Mark zugeführt. Und nur, damit bei uns die Brotpreise um den Zollbetrag über dem Weltmarktpreis erhalten werden, wird das deutsche Getreide im Ausland so billig abgegeben, daß es dort vielfach als Viehfutter verwendet wird. Nordamerika und Rußland bereiten zollpolitische Maßregeln vor, um nicht mit billigem deutschem Getreide überschwemmt zu werden, während in Deutschland selbst die Getreidepreise hochgehalten werden.

So bringt, wie man sieht, die agrarische Herrschaft in Deutschland eine Verwirrung hervor, innerhalb deren alle Begriffe von vernünftiger Staatswirtschaft aufhören.

Gottesfürchtig und dreist, wie die Junker nun einmal sind, behaupten sie, die Erregung und Entrüstung im deutschen Volk sei eine „künstlich gemachte“ und

die Not werde ihm nur vorgetäuscht. Als ob sich so etwas vorkäufeln ließe!

Indessen — trotz des anscheinend so sicheren und trotigen Auftretens der agrarischen Deputierten fühlt man doch leicht heraus, daß sie selbst nicht an eine längere Dauer des gegenwärtigen Zustandes glauben. Das kann man aus einzelnen Redewendungen der agrarisch-junkerlichen Presse wohl herauslesen. Gegenüber der wachsenden Empörung im Volke und der immer noch steigenden Not kann das agrarische System nicht aufrecht erhalten werden. Die Agrarier raffen noch zusammen, was sie können in dieser „Zeit der Ernte“, wie Bülow leichtfertig diese Periode nannte; aber diese Zeit geht nunmehr einem Wendepunkt entgegen.

Einen Zustand wie der gegenwärtige kann kein Land längere Zeit ertragen; die Wirkungen einer so ungeheuren Kalamität bleiben nicht bei den Schichten stehen, die von der Not und dem Mangel direkt betroffen werden, sondern sie gehen weiter. Sie beeinflussen moralisch und materiell alles, was im Staate und in der Gesellschaft geschieht. Auf einer solchen Grundlage kann nur eine Entwicklung vor sich gehen, die zum äußersten Unheil führt.

Und die Verantwortlichkeit? Nun, in diesem Punkte ist es die Sozialdemokratie fast ganz allein, welche sich rühmen kann, davon entlastet zu sein. Als sie seinerzeit verkündete, welches Elend mit dem Siege der agrarischen Deputierten über Deutschland hereinbrechen müsse, da wurde sie von allen Seiten der Übertreibung beschuldigt. Sie allein hat, von einer kleinen Gruppe von liberalen Freihändlern abgesehen, gegen den Zolltarif aufs äußerste angekämpft. Pfaffen, Junker und nationalliberale Bourgeois vereinigten sich damals, um die Sozialdemokratie niederzuzwingen, und sogar die Freisinnsmänner Eugen Richter fielen ihr hinterlistig in den Rücken. Der Zolltarif wurde von den Siegern als „segnensreiche, große, nationale Tat“ gepriesen. Erleuchtete Geister der im Dienst der Herrschenden stehenden Wissenschaft gaben ihren Segen da u.

Die Wirkungen dieser Tat kommen, in Verbindung mit ungünstigen Zeitumständen, nunmehr erst voll zum Vorschein. Deutschland gehört nicht zu den reichsten Ländern der Kulturwelt, aber seine Einwohner müssen unter allen Völkern ihre Nahrungsmittel am teuersten bezahlen, und zugleich schröpft man ihnen die Kosten ab, um sich gegen eine Welt von Feinden zu rüsten.

Ein solcher Zustand kann nicht dauern. Aber er schwindet auch nicht von selbst. Kräftig wollen wir uns regen, um die große Bewegung in Fluß erhalten und siegreich zu Ende führen zu helfen, die nunmehr unser Volk erfasst hat. Ihr Sieg bedeutet mehr als die momentane Linderung der Teuerung und der Not, er bedeutet den Anfang vom Ende des junkerlich-agrarischen Despotismus.

Die Teuerung.

Die sozialdemokratische Fraktion des Altenburger Landtages hat sich in einer Eingabe an die Altenburger Staatsregierung gewendet und gefordert, daß die Staatsregierung im Sinne der im November 1910 und im März 1911 im Landtage eingebrachten sozialdemokratischen Teuerungsanträge handeln und im Bundesrat die Initiative zur Beseitigung der Teuerung ergreifen solle. Die Fraktion hat die von der Reichstagsfraktion in ihrer Eingabe an den Reichskanzler erhobenen Forderungen auf Beseitigung der Lebensmittelzölle usw. der altenburgischen Regierung als Grundlage ihrer Forderungen unterbreitet und gleichzeitig die Einberufung des Landtages gefordert. In der Eingabe werden der Regierung einige Äußerungen ihrer Vertreter über die „vorübergehende Erscheinung“, über ihre rastlose Sorge, mit der sie über der Lösung des Problems der Teuerungsrage unausgesetzt sich abmühe u. s. w., in unangenehme Erinnerung zurückgerufen.

Der Stadtrat der Stadt M an n h e i m befaßte sich am 12. September abermals mit der Fleischteuerung. Amtlich festgestellt wurde für Mannheim, daß hier vom Monat Juli ab die Verkaufspreise für alle Sorten Fleisch prozentual stärker anzogen als die Marktpreise (Einkaufspreise). Während die Einkaufspreise um 4–15 Pfg. pro Kilo in die Höhe gingen, stieg der Verkaufspreis um 30–40 Pfg. Die Metzgerinnung behauptet, daß wohl die Fleischpreise etwas höher seien, nicht aber die Preise für die geringeren Wurstsorten, die von der Arbeiterbevölkerung konsumiert werden. Die Preise hierfür ständen heute noch so niedrig wie vor Jahren. — Der Stadtrat beschloß, dahin zu wirken, daß Ein- und Verkaufspreise miteinander in Einklang gebracht werden. Er beschloß weiter, für die Haltung von Mutterschweinen und für die Aufzucht von Ferkeln Prämien zu gewähren, um damit die Landbevölkerung in den zur Stadt gehörenden Vororten

zur Schweinezucht anzueifern. Des ferneren will sich die Stadt an einer in Bildung begriffenen Genossenschaft zur Errichtung einer Schweinemästerei beteiligen. Der Stadtrat will für das nötige Gelände Sorge tragen. Sobald die Einfuhr von Gefrierfleisch gestattet ist, soll solches beschafft und zum Selbstkostenpreis zum Verkauf gebracht werden. In einem Anschreiben an den Konsument soll dieser angegangen werden, sich an der Bekämpfung der Teuerung zu beteiligen. — Die Oberbürgermeisterkonferenz wurde aufgefordert, mit dem badischen Ministerium in Verhandlungen zu treten, das es abgelehnt hat, bei der Reichsregierung auf Öffnung der Grenzen hinzuwirken, und zwar mit der Motivierung, daß alle früheren Vorstellungen ohne Erfolg geblieben seien und auch jetzt ein anderes Resultat nicht erreicht würde. In persönlichen Verhandlungen soll die Regierung zur Aufgabe dieses Standpunkts aufgefordert werden. Vor allem soll die badische Regierung im Bundesrat für Ermäßigung der Futtermittel eintreten. Ebenso sollen die Oberbürgermeister der badischen Städte für Aufhebung der staatlichen Fleischakzise eintreten und endlich erging an diese die Aufforderung, ihrerseits beim Deutschen Städtetag dahin zu wirken, daß dieser endlich auch einmal in Aktion tritt. Er soll eine Bewegung gegen die agrarische Politik ins Leben rufen. — Der sozialdemokratische Fraktion gemachten Anregung, sich mit Eingaben direkt an die Reichsregierung und an den Reichstag zu wenden, wurde nicht stattgegeben.

Die Stadtverwaltung in Zeitz, die von den sozialdemokratischen Stadtverordneten zu Maßnahmen aufgefordert wurde, beauftragte die Delegierten zum Deutschen Städtetag, energisch jede Forderung auf Beseitigung der herrschenden Teuerung zu unterstützen. Bemerkenswert war in der Debatte, die in der Stadtverordnetenversammlung gepflogen wurde, die Äußerung des „liberalen“ Stadtverordneten und Direktors Stöbe, eines Bruders des nationalliberalen Reichstagsabgeordneten Stöbe. Der Herr Direktor, in dessen chemischer Fabrik noch Stundenlöhne von 27 und 28 Pfg. nichts Seltenes sind, wagte nämlich eine Not zu bestreiten, indem er auf die „Bergnügen“ hinvies, die nicht abgenommen hätten. Die Arbeiter verdienen zu viel, ihnen sei der Kamm geschwollen, deshalb gäben sie so viel aus! So rebete der Herr Direktor, dessen Einkommen man auf 30 000 Mark schätzt, die Not aus der Welt, und dieser Mann nennt sich „liberal“.

Der Magistrat der Stadt Lüdenscheid i. W. fordert in einer Eingabe an den Bundesrat die Erleichterung der Einfuhr von lebendem Vieh aus den Nachbarländern, die Einfuhr von gefrorenem und gekühltem Fleisch und die zeitweise Ermäßigung oder Aufhebung der Einfuhrzölle für Futtermittel und lebendes Vieh.

Die Handelskammer in Lüdenscheid i. Westfalen fordert in einer Eingabe an den Bundesrat die Aufhebung bzw. Einschränkung der jetzigen Einfuhrbestimmungen für Vieh und Fleisch, und die zeitweilige Aufhebung der Einfuhrzölle für Futtermittel.

Das Stadtverordnetenkollegium der Stadt Dresden fordert in einem angenommenen Antrage die Stadtverwaltung auf, unverzüglich auf Kosten der Stadt unter Zuziehung der Fleischerinnung einen Versuch mit der Einfuhr argentinischen Gefrierfleisches unter Beobachtung aller Vorsichtsmaßregeln zu machen, die ein Verderben des Fleisches verhindern; ferner für den Fall der Gelingens dieses Versuches bei der Reichsregierung nachdrücklich auf Erleichterung der Einfuhrbestimmungen für argentinisches Gefrierfleisch hinzuwirken. Es sollen außerdem Untersuchungen angestellt werden, ob durch Verbilligung der Schlachthofgebühren oder durch andere Maßnahmen der Schlachthofverwaltung eine Verbilligung des Fleisches zu erreichen ist. Bei den zuständigen Regierungen soll dahin gewirkt werden, daß die Eisenbahntarife für Vieh- und Fleischtransport ermäßigt und die Bestimmungen des Viehsteuergesetzes gemildert werden. — Ein sozialdemokratischer Antrag, der beschleunigte Einberufung des Reichstags, Aufhebung der Futtermittelzölle für die Teuerungszeit, Herabsetzung der Getreide-, Futtermittel-, Vieh- und Fleischzölle und umgehende Öffnung der Grenzen für die Einfuhr von frischem und zubereitetem Fleisch und Gefrierfleisch unter loyaler Handhabung der veterinärpolizeilichen Vorschriften will, wurde als zu weitgehend abgelehnt.

Die städtische Teuerungskommission in Sierloh in Westfal. beschloß die Wiedereröffnung der im vorigen Jahre errichteten Seefleischhalle. Des ferneren will man mit den Metzgerinnungen über die Herabsetzung der Fleischpreise verhandeln. — Ein Versuch soll mit dem Bezug von wilden Kaninchen gemacht werden. Die Stadt will die Tiere ohne Gewinn an Minderbemittelte verkaufen.

Die „Tägl. Rundschau“ erzählt, daß das Reichsgesundheitsamt um ein Gutachten darüber ersucht worden ist, ob sich die Einfuhr von argentinischem und australischem Gefrierfleisch ohne Aufhebung oder Abänderung des § 12

des Fleischbeschauengesetzes auch in größeren Mengen ermög-lichen läßt. Von dem Gutachten des Reichsgesundheitsamtes sei die endgültige Entscheidung in dieser Frage abhängig. Es müsse aber damit gerechnet werden, daß noch einige Zeit vergehen wird, ehe die ganze Angelegenheit spruchreif wird. — Wenn das Gutachten da ist, wird man auch noch zögern, durchgreifende Maßnahmen zu treffen; denn die Harrierer werden die Regierung schon auf dem ihnen gewohnten Wege zu halten wissen.

Hand mit der Reichsregierung scheinen in der Tagesfrage die Bundesregierungen zu gehen. Das badische Ministerium des Innern erläßt folgende Erklärung: „Die Landesregierung hält ein neuerliches Benehmen mit dem Reichskanzler wegen Zulassung argentinischen Schlachtwiehs für aussichtslos und bezeichnet die Einfuhr von Schlachtwiehs aus Frankreich und Holland aus leuchtendpolitischen Gründen zurzeit nicht für angängig. Das Ministerium steht auf dem Standpunkt, daß vor allem Vorkehrungen zur Erzielung einer künstlichen Haltung von Schweinen nötig seien und hält für diesen Zweck 15 000 Mtk. zur Verfügung.“

Recht energisch geht hingegen dasselbe Ministerium vor, wenn es sich um die Unterstützung der Landwirtschaft handelt. Es hat den Vorstand der Landwirtschaftskammer sowie Vertreter aller großen landwirtschaftlichen Körperschaften zu einer Besprechung darüber eingeladen, wie den durch die diesjährigen Witterungsverhältnisse geschädigten Landwirten zu helfen sei.

In den Wahlkreisen Rottbus IV, Spremberg und Naumburg fanden starkbesuchte Protestversammlungen statt.

Wie die Fleischnot und die Fleischsteuer preistreibend selbst auf das Pferdefleisch wirkt, muß allenthalben die ärmere Bevölkerung spüren. So wurden auch in Ostlich die verschiedenen Fleischsorten um 5 bis 10 Pfg. pro Pfund erhöht. Für das Pfund Pferdefleisch müssen dort und auch anderwärts bereits 50 Pfg. bezahlt werden, sodaß dieses Fleisch bald so hoch im Preise steht, wie vor einer Reihe von Jahren das Rindfleisch. In England erhält man jetzt noch Rindfleisch zu einem Preis, für den man in Deutschland nur Pferdefleisch kaufen kann. Dafür marschiert Deutschland in der Welt voran — allerdings in der Lebensmittelsteuerung und künstlich hochgehaltenen Fleischnot.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Konservative und Besitzsteuer.

Dem Verlegenheits-Antrag Bassermann-Grzberger, der die Regierung verpflichtet, bis zum 30. April 1913 ein Besitzsteuer-Gesetz dem Reichstag vorzulegen, haben auch die Konservativen zugestimmt. Die liberale Presse hat daraus den Schluß gezogen, daß die Konservativen nunmehr verpflichtet sind, Besitzsteuern zu bewilligen. Dieser Auffassung tritt nun die „Kreuzzeitung“ in einem langen Artikel entgegen. Sie beruft sich auf die Ausführungen des konservativen Fraktionsredners im Reichstag, des Grafen Westarp, der die Zustimmung seiner Partei zunächst damit begründet hat, daß es nötig sei, den Streit der bürgerlichen Parteien zurzeit zu vertagen, dann aber ausführte: „Aber für die zukünftige Auslegung des vorgezeichneten Gesetzes wird die Entstehungsgeschichte von Bedeutung sein, wird man immer daran zu erinnern haben, welche Zwecke mit der Einführung des Gesetzes verfolgt worden sind, und da meine ich, ist die Situation doch eben die; es wird ausgesprochen, daß noch einmal über den Gedanken der durch Reichsgesetz einzuführenden allgemeinen Besitzsteuer verhandelt werden soll; aber die Entscheidung darüber, in welcher Form diese Besitzsteuerfrage gelöst werden soll, diese Entscheidung soll heute noch nicht getroffen, die soll auf die Zukunft vertagt werden.“

Am Anschließ daran erklärt die „Kreuzzeitung“, daß die Konservativen lediglich die Deckungsfrage von den Herrensparagrapen trennen wollten, im übrigen aber bloß geneigt sind, den Kampf gegen Besitzsteuern noch einmal durchzuführen!

Neue Steuern und Lasten in Sicht.

Die schwankenden Zuschüsse, genannt Militärbeiträge, welche die einzelnen Bundesstaaten zu den Reichsausgaben zu leisten haben, und die den Etat mancher Kleinstaaten außerordentlich stark belasten, sollen nach einer Mitteilung der „Militärpolitischen Korrespondenz“ abgeschafft werden. Es seien im Reichshausangehörigen Erwägungen nach dieser Richtung hin im Gange. Um den sich daraus ergebenden Einnahme-Ausfall zu decken, soll die Schaffung von Reichsmonopolen in Erwägung gezogen werden.

Wenn die Reichsregierung nach neuen Einnahmequellen sucht, so kann man sicher sein, daß sie dabei ein Auge auf die Volksmasse wirft, um diese zu schröpfen. Das deutsche Volk hat also die Augen aufzuhalten und sich vor neuen Lasten zu schützen.

Der Niedergang des Kleingewerbes.

Aber den Niedergang der Kleinbetriebe äußert sich die Handelskammer für die Kreise Friedberg, Bädlingen und Schotten in ihrem Jahresbericht wie folgt:

Wir möchten nicht unterlassen, auf das anhaltende und schnelle Eingehen der kleineren und mittleren Betriebe in zahlreichen Industrie der Industrie und des Gewerbes hinzuweisen. Immer mehr verschwinden zum Beispiel die kleineren Bierbrauereien, Mühlen, Gerbereien usw. und das Geschäft sammelt sich in einigen großen Händen, so daß wir uns in raschem Schritt amerikanischen Verhältnissen nähern.“

Die immer mit ihrer besondern Mittelstandsfreundlichkeit praxende agrarische „Deutsche Tageszeitung“ bemerkt dazu: „Diese Klage ist völlig berechtigt. Es wird höchste Zeit, daß die Regierungen etwas Durchgreifendes tun, um dieser bedrohlichen Entwicklung zu wehren.“

So, wenn das so leicht wäre, dann würden die Regierungen gewiß gern etwas tun. Auch etwas „Durchgreifendes“. Aber gegen die Entwicklungstendenzen des

Kapitalismus sind nun einmal keine gesetzgeberischen Kräfte gewachsen.

Der sozialdemokratische Landtagspräsident und die „Deutsche Tageszeitung.“

Im Rudolstädter Landtag ist der sozialdemokratische Präsident einstimmig von Sozialdemokraten und Bürgerlichen gewählt worden. Ebenso einstimmig allerdings auch der 2. Vizepräsident, der dem Bund der Landwirte angehört und einer der Führer der Bündler im schwarzburg-rudolstädter Lande ist. Die liberale Presse frohlockt nun, daß sie auch einmal den Konservativen vorhalten kann, daß Konservative einen Sozialdemokraten zum Präsidenten wählen. Zehrt doch die konservative Presse heute noch von der harmlosen Tatsache, daß Nationalliberale und Fortschrittler bei der Präsidentenwahl im Reichstags Bebel und Scheidemann ihre Stimme gaben.

Die „Deutsche Tageszeitung“ fühlt sich nun verpflichtet, ihre Rudolstädter Parteigenossen sanft zu rüffeln; sie sagt, daß allerdings sämtliche bürgerliche Abgeordnete für den sozialdemokratischen Präsidenten gestimmt hätten, jedenfalls auf Grund einer Verabredung, daß sie aber diese Verabredung nicht billigen könne: „Wir hatten bereits, als die Meldung von der Präsidentenwahl uns zuzug, uns dahin ausgesprochen, daß wir nicht wissen könnten, welche Gründe zu der Vereinbarung geführt hätten, daß sie aber befreudend sei.“

Der „Deutschen Tageszeitung“ wird noch manches befreudend erscheinen, was im Rudolstädter Landtag vorgeht. Und die Rudolstädter, auch die Bündler, werden sich nicht einmal viel daraus machen, was die „Deutsche Tageszeitung“ zu ihrem Tun und Lassen sagt. Hoffentlich gilt das auch für den Minister v. d. Kette, den die „Deutsche Tageszeitung“ in derselben Nummer abkanzelt, weil er erklärte, die Regierung wünsche dringend, daß es gelingen möge, über die scharfen Gegensätze zwischen Landtagsmehrheit und Regierung wegzukommen. Eine Politik der Verständigung ist natürlich nichts für Knuten-Vertel.

Bund der Handwerker und Landtagswahlen.

Der von dem Schneidermeister und früheren Angestellten des Bundes der Landwirte, Voigt-Friedenau, geleitete Bund der Handwerker, will den Nationalliberalen den Landtagswahlkreis Halberstadt-Oschersleben-Wernigerode abnehmen. Für den Kandidaten, Buchdruckereibesitzer Kammer, traten in einer Versammlung zwei Vertreter des Bundes der Landwirte ein, nämlich der Reichstagsabgeordnete Arnstadt und Professor Suchland. Den anwendenden nationalliberalen Sekretären bewilligte man 10 Minuten Redezeit. Die nationalliberale Presse tut darüber sehr entrüstet, augenscheinlich ganz vergessend, daß es die Nationalliberalen in ihren Versammlungen auch nicht anders machen.

Der Bund der Handwerker befindet sich in finanzieller Abhängigkeit vom Bund der Landwirte. Diese völlig unbedeutende Organisation ist bisher noch nie selbständig aufgetreten. Bei einigen Nachwahlen zum Reichstag hat der Bund zwar Kandidaten aufgestellt, diese aber wieder zurückgezogen, wenn sich die bürgerliche Gegenpartei bereit erklärte, dem Bund die entstandenen Kosten nebst den persönlichen Aufwendungen seines Führers zu ersetzen. Die Bundeskandidaturen wurden also förmlich ausgekauft und der Bundesvorsitzende hat davon bestimmt keinen Nachteil gehabt. Vielleicht, daß bei den Wahlen zum preussischen Landtag die Kandidaturen etwas ernster gemeint sind, weil der Bund der Landwirte dahinter steckt.

Rußland.

1800 jüdische Studenten ausgeschlossen. Aus Kiew wird uns gemeldet: Die Brutalität des russischen Ministeriums für Volksaufklärung und seiner Volkzugsorgane kennt keine Grenzen. Jetzt soll eine ganze Armee von jüdischen Studenten aus der Kiewer Handelshochschule ohne irgend welchen Anlaß ausgeschlossen werden. Zahlreich hatte diese Hochschule unter Leitung von Professor Downar-Sapolsky, als sie finanziell schwach war, die jüdischen Jünglinge und Mädchen ohne Rücksicht auf etwaige Prozenormen aufgenommen und ihnen die feierliche Zusage gegeben, daß alle diejenigen, die bereits immatrikuliert seien, sämtliche Rechte genießen würden. Infolge dieser Erklärung hatte die Hochschule in ihrer kritischen Zeit im Laufe weniger Jahre über eine Million Rubel jüdischerseits zusammengerafft. Denn ein großer Teil all derer, die von den Universitäten und technischen Hochschulen zurückgewiesen wurden, hatten hier eine Zuflucht gesucht und gefunden. Jetzt aber, da die Hochschule finanziell sichergestellt ist, hat sie neue Satzungen erhalten, laut denen die Juden nur bis zu 5 Proz. der gesamten Studierenden zu immatrikulieren sind. Dabei soll die brutale Vorschrift rückwirkende Kraft und die Ausschließung fast aller jüdischen Studierenden zur Folge haben. Nur als rechtlose Hörer werden sie die Hochschule weiterbesuchen dürfen. Der Jammer der Betroffenen ist unbeschreiblich. Wie es lethim heißt, wollen zwar einige Professoren der Kiewer Handelshochschule noch einige Jahre auf die von der Regierung der Hochschule gewährten Rechte verzichten, bis wenigstens die jetzigen jüdischen Studenten und Studentinnen ihre Studien absolviert haben werden. Es ist jedoch sehr zweifelhaft, ob der derzeitige Direktor Downar-Sapolsky diesem Vorstoß stattgeben wird. Ist doch die Regierung selbst unerbittlich.

Kriegsministerium und Koalitionsrecht der Militärarbeiter.

Der Vorstoß des Kriegsministeriums gegen das Koalitionsrecht der Militärarbeiter ruft auf Widerspruch bei den — Nationalliberalen. Die Nationalliberalen, auf die sich die Regierung sonst immer verlassen konnte, wenn sie Organisationen der Staatsarbeiter, Eisenbahner, Postangestellten u. a. die Hand zu drücken versuchte, sind plötzlich zur Kritik übergegangen. Woher diese Wendung zum Guten? Sehr einfach: Der nationalliberale Abgeordnete Saker, von Berni Forstschloffer in der Bahnhofsvorstadt in Göttingen, ist Vorsitzender des Kartells deutscher Reichs- und Staatsarbeiterverbände, dem auch der Militärarbeiterverband angehört. In dieser seiner

Eigenschaft als Vorsitzender des Kartells hat Saker in dem Kriegsministerium verhandelt und ist offenbar dabei empfindlich getäuscht worden. Die „National-Zeitung“ berichtet über die Vorgänge folgendes:

„Sobald die Gerüchte von einem Verbot des Militärarbeiter-Verbandes kursierten, hat auf Wunsch der Militärarbeiter der Abg. Saker zusammen mit dem Vorsitzenden des Verbandes dem Kriegsministerium einen Besuch abgestattet. Die beiden Herren wurden dort sowohl von der Stellvertreter des Generalmajor Wandel, Major Schulz als auch von dem Vorsteher der Bekleidungsämter, Ober v. Oen, empfangen. Zwar wurde von Major Schulz zunächst der scharfe Ton gerügt, der in letzter Zeit in den Organ des Militärarbeiter-Verbandes beliebt worden sei. Auf ausdrückliche Veranlassung des Abg. Saker versprach der Verbandsvorsitzende den Herren im Ministerium, daß in Zukunft in seinem Organ jede unnötige Schärfe und Härte vermieden werden sollte. Daraufhin erklärte auch Major Schulz, daß gegen den Militärarbeiter-Verband nicht das geringste geschehen solle. Die beiden Deputierten gaben überhaupt der Ansicht Ausdruck, daß die Verwaltung hier von den Arbeitern vollständig mißverstanden werde, denn das Ministerium wolle weiter nichts sagen als daß es irgendwelche Agitation innerhalb seiner Betriebe nicht dulden könne.“

Man besprach dann vielleicht eine Stunde lang noch alle wichtigen sozialen und beruflichen Fragen und schied in volstem Einvernehmen von einander. Allerdings hat Herr Major Schulz die Herren, von der Unterredung doch nichts in die Presse zu bringen.

Hätte man nun danach annehmen sollen, daß nun alles zur vollsten Zufriedenheit erledigt sei, so muß man umso mehr erstaunen, daß nachher doch in fast allen Militärbetrieben den Arbeitern der Beitritt und die Betätigung für den Militärarbeiterverband unterlag sein soll. Noch mehr muß man aber erstaunen, daß die sozialdemokratische Presse in der Lage ist, einen Geheimverlaß des Kriegsministeriums vom 29. August bekannt zu geben, der erst eine geraume Zeit nach der Unterredung mit dem Abg. Saker erschienen ist, in dem aber trotzdem die Militärarbeiter vor einer Betätigung in dem deutschen Militärarbeiterverband einbringlich gewarnt werden, und in dem besagt wird, daß Arbeiter, die durch Wort, Schrift oder Tat den Verband unterstützen, sich die Folgen selbst zuzuschreiben haben.

Damit hat also das Kriegsministerium das gerade Gegenteil von dem getan, was dem Reichstagsabgeordneten Saker wie auch dem Vorsitzenden des Militärarbeiter-Verbandes gelegentlich ihrer Rücksprache versprochen worden ist. Es ist selbstverständlich, daß dieser Angriff auf die ohnehin schon sehr beschränkte Koalitionsfreiheit der Staatsarbeiter noch ein parlamentarisches Nachspiel haben wird. Ein Volksvertreter ist schließlich auch nicht dazu da, daß man die ihm gegebenen Zusicherungen ohne weiteres in den Wind schlagen kann.

Bei der Unterredung im Ministerium wurde übrigens auch durch den Abgeordneten Saker erreicht, daß der Vorsitzende des Verbandes in Zukunft alle Wünsche und Beschwerden dem Ministerium vortragen dürfe. Auf diese Weise ließe sich ja eine öffentliche Kritik leicht vermeiden, und ein gutes Einvernehmen zwischen Verwaltung und Arbeiterschaft herstellen. Wenn durch die entgegengesetzten Maßnahmen dieses Einvernehmen verhindert wird, so ist das gewiß nicht schuld der Arbeiterschaft, sondern lediglich auf die geheimen Einflüsse im Ministerium zurückzuführen.“

Den braven Nationalliberalen mag es besonders bitter aufstoßen, daß ihre Mogelei hinter den Kulissen so schände zusammenbricht, sobald das Kriegsministerium seinen Herrenstandpunkt herauskehrt. Es wäre so nett gewesen, der Öffentlichkeit aus dem Wege gehen und den Militärarbeitern von Zeit zu Zeit einige durch Hintertreppentetelei erwordene Bröcklein präsentieren zu können, die man dann als Erfolge staatsstreuer und nationalliberaler Arbeiterführung zur Schau stellen könnte. Das alles ist nun hin und die Staatsarbeiter werden rasch genug einsehen, daß nur in energischem Kampf gegen das Unternehmertum, auch wenn dies von einer Staatsbehörde repräsentiert wird, ihre Interessen gewahrt werden können.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, den 16. September.

Auf Kosten der Steuerzahler veranstaltete der Senat am Sonnabend Abend für zehn hier zu Besuch weilende schwedische Journalisten im Rathaus ein sogenanntes Festmahl, bei dem Wellkartoffeln und Heringe nicht die Hauptrolle gespielt haben. — Die Veranstaltung derartiger „Festmahle“ nimmt in Lübeck einen immer größeren Umfang an. Während ein großer Teil des Volkes infolge der teuren Zeiten seine Lebenshaltung immer weiter einschränken muß, werden hier auf Kosten der Steuerzahler Festmahle arrangiert.

Die diesjährige Kartoffelernte soll nach den Behauptungen des superlügen Agrariers Sent aus Biltwisch in der Lübecker Bürgerstadt bekanntlich eine sehr gute werden. Dem Genossen Stellung war das begreifbar worden. Wie recht letzterer hatte, geht aus folgender Notiz der „Lüb. Anz.“ — dem Leib- und Magenblatt des Biltwischer Agrariers — hervor:

Süsel, 15. Sept. Die Kartoffelernte wird infolge der Seuche, die teilweise schon fünfzig Prozent des Ertrages vernichtet hat, nur mäßig ausfallen. Auch tritt stellenweise die Schorfe in solchem Maße auf, daß die Kartoffeln dadurch für den Markt vollständig entwertet werden.

Ähnliche Nachrichten kommen auch aus anderen Gegenden. Herr Sent ist davon nichts bekannt. Es kann ja auch nicht auf alle Bauern das bekannte Wort von den größten Kartoffeln zutreffen.

Kontenansprüche für Reservisten. In kurzer Zeit werden Tausende von Arbeitern die unfreiwillige zweijährige „Staatspension“ und gehen wieder ihrem Berufs nach. Es ist daher angebracht, ihnen einige Fingerzeige über etwaige Kontenansprüche für im Dienst erlittene Verletzungen zu geben. Das Gesetz über die Versorgung der Personen der Unterlassen des Reichsheeres, der Marine und der Schutztruppen vom 31. Mai 1906 bestimmt unter anderem folgendes: Die zur Klasse der Unteroffiziere und Gemeinen gehörenden Personen des Soldatenstandes haben bei der Entlassung aus dem aktiven Dienste Anspruch auf eine Militärrente, wenn und solange ihre Erwerbsfähigkeit infolge einer Dienstver-

Schädigung aufgehoben oder um wenigstens 10 % gemindert ist. Eine weitverbreitete falsche Ansicht ist die, daß nur Dienstunfähigkeit Anspruch auf Rente haben. Es genügt der Nachweis, daß durch Dienstbeschädigung die Erwerbsfähigkeit aufgehoben oder um wenigstens 10 % gemindert ist. Die Rente wird nicht ohne weiteres von Amts wegen zubilligt, sondern der Anspruch muß vor der Entlassung geltend gemacht werden. Nur ausnahmsweise ist die Anmeldung auch nach der Entlassung noch möglich, nämlich dann, wenn der Verlust oder die Minderung der Erwerbsfähigkeit auf eine Dienstbeschädigung zurückzuführen ist. In diesem Fall muß die Anmeldung innerhalb zwei Jahren nach der Entlassung erfolgen. Bei der Beurteilung des Grades der Erwerbsunfähigkeit ist der von dem Verletzten vor seiner Einstellung in den Militärdienst ausgeübte Beruf maßgebend. Hat der Verletzte keinen besonderen Beruf ausgeübt, so erfolgt die Beurteilung nach der allgemeinen Erwerbsfähigkeit. Als Dienstbeschädigungen gelten Gesundheitsstörungen, welche infolge einer Dienstverrichtung oder durch einen Unfall während der Ausübung des Dienstes eingetreten oder durch die dem Militärdienst eigentümlichen Verhältnisse verursacht oder verschlimmert sind. Erforderlich ist also nicht, daß die Dienstbeschädigung auf einen Unfall zurückzuführen ist. Die dem Militärdienst eigentümlichen Verhältnisse, wie Witterungseinflüsse, große Kälte oder Hitze können Krankheiten erzeugen, die zu Dienstbeschädigungen werden. Mithandlungen werden grundsätzlich als Dienstbeschädigungen anerkannt. Vorfällig herbeigeführte Gesundheitsstörungen werden nicht entschädigt.

Die Vollrente beträgt bei einem Feldwebel 900 Mk., bei einem Sergeanten 720 Mk., bei einem Unteroffizier 600 Mk. und bei einem Gemeinen 540 Mk. — Bei teilweiser Erwerbsunfähigkeit wird die Rente im Einzelfalle prognostisch nach dem Grade der Erwerbsbeschränkung bemessen. Nur bei der Teilernte wird auf den Beruf Rücksicht genommen. Bei schwerer Gesundheitschädigung wird neben der Rente die Versäumungszulage gewährt. Diese beträgt bei dem Verlust einer Hand, eines Fußes, der Sprache, des Gehörs auf beiden Ohren monatlich je 27 Mk., und bei Verlust oder Erblindung beider Augen 54 Mk. monatlich. Diese Versäumungszulage kann mehrfach gefordert werden, wenn mehrere der oben genannten Verlustfälle nebeneinander vorliegen. Diese Versäumungszulage ist unpfändbar und gänzlich steuerfrei. Zuständig für die Entscheidung, ob eine Versäumungszulage gewährt werden soll oder nicht, ist ausschließlich die oberste Militärverwaltungsbehörde. Im Ablehnungsfalle ist der Rechtsweg ausgeschlossen.

Handelsregister. Am 13. September 1912 ist eingetragen die Firma Adolf Köhlich, Lübeck. Inhaber: W. A. Köhlich, Kaufmann in Lübeck.

Die neu hergestellte Verbindungsstraße auf der Wallhalbinsel ist für den Fußwerkverkehr freigegeben worden.

pb. Drei Fahrraddiebstähle. Am 14. ds. Mts. gegen 9 Uhr abends ist vor dem Hause Marktwiese Nr. 2 ein Fahrrad Marke „Edel“ mit schwarzem Gestell, grünen Felgen, gerader Lenkstange, Freilauf, Rücktrittsbremse und der vom Polizeiamt gelieferten Erkennungsnummer 14968 abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden. — Aus einer unverschlossenen Scheune an der Moislinger Allee ist in der Zeit vom Sonntag, dem 8., bis Mittwoch, dem 11. ds. Mts. ein Fahrrad Marke „Meyers-Schnell“ mit schwarzem Gestell, ebensolchen Felgen mit einem Nickelstreifen in der Mitte, nach oben gebogener Lenkstange, ohne Freilauf und Rücktrittsbremse und der vom Polizeiamt gelieferten Erkennungsnummer 3437 abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden. Der Mantel des Hinterrades war an einer Stelle mit Band umwickelt. Das Vorderrad trägt einen neuen Mantel. — Am 14. ds. Mts. gegen 9 1/2 Uhr vormittags ist aus dem Aufbewahrungsraum für Fahrräder auf dem Hofe der Markthalle ein Fahrrad Marke „Schnell“ mit schwarzem Gestell, ebensolchen Felgen, Torpedo-Freilauf, mit Rücktrittsbremse und der vom Polizeiamt gelieferten Erkennungsnummer 1222 abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden.

Neues Stadt-Theater. Aus der Kanzlei wird uns geschrieben: Der Montag ist wegen großer Proben spielfrei. Am Dienstag, den 17. ds. ist mit Shakespeares lustigem Märchen „Ein Sommernachtstraum“ zum ersten Mal in dieser Saison dem klassischen Lustspiel Raum gegeben. Der Hauptreiz dieser Aufführung wird nicht zum wenigsten mit in der wertvollen Musik Mendelssohns liegen. — Der außerordentlich starke Erfolg, den Karl Schönherr's gewaltige Volkstragödie „Glaube und Heimat“ im Vorjahre hatte, gab Veranlassung daselbstes Werk auch in dieser Spielzeit wieder und zwar als dritte Vorstellung am Mittwoch, den 18. ds. zu geben. — Die Oper bereitet „Zigaren Hochzeit“ von Mozart vor.

Zrems-Vorwerk. Die am Sonntag abend im Lokale des Herrn Stapelsfeldt stattgefundene Volksversammlung nahm das Referat des Genossen Bromme-Lübeck, der in einstündigen Ausführungen über den Kampf gegen die vorherrschende Lebensmittelerhöhung sprach, mit lebhaftem Beifall entgegen. Am Mittwoch abend wird eine Mitgliederversammlung stattfinden, in der Genosse Dr. Schömer über die Eingemeindungsfrage referieren wird. Außerdem hat die Versammlung noch andere wichtige Angelegenheiten zu erledigen. Es ist also Pflicht der Genossen in der Versammlung zu erscheinen.

Diensfeld (Fürstentum Lübeck). Die erste sozialdemokratische Volksversammlung tagte hier gestern. Leider ist es uns ja infolge des agrarischen Terrorismus nicht möglich, in rein ländlichen Orten Versammlungslokale zu erhalten. Und so bleibt denn nichts anderes übrig, als derartige Versammlungen unter freiem Himmel abzuhalten. So ging es auch gestern hier. Unter hohen Fichten, auf einer kleinen Anhöhe fand die Versammlung statt. Da gestern trockenes Wetter herrschte, waren die Leute bis zum Einbruch der Dunkelheit mit dem Einschlagen von Getreide und mit der Kartoffelente beschäftigt. Wir mußten also warten, bis der Abend hereinbrach. Im Schutze der Dunkelheit kam auch so mancher den Hügel hinaufgestiegen, den man sonst wohl nicht in einer sozialdemokratischen Versammlung gesehen hätte. Es waren über 60 Personen beiderlei Geschlechts da, wie Genosse Stelling-Lübeck in zu Herzen gehenden Worten ein Bild der Tätigkeit des neuen Reichstages und der gegenwärtigen politischen Lage entrollte. Ihm folgte Genosse Lebenstorf-Eutin, der ein übersichtliches Bild über die Verhandlungen in der letzten Landtagsperiode gab. Aus seinen Ausführungen ging hervor, daß die sozialdemokratische Fraktion im Landtage stets gewissenhaft ihre Pflicht im Interesse des werktätigen Volkes erfüllt hat. Die Genossen Schulz und Loe fordernten zum Eintritt in den Landarbeiterverband auf, worauf die Versammlung mit einem Brausenden, weithin in die Nacht schallenden Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen wurde. Mit dem Versprechen, jezt kräftig für unsere Sache zu agitieren, ging man auseinander.

Travemünde. Die Protestversammlung, die am Sonnabend abend im Saale des „Kolosseum“ tagte, war verhältnismäßig gut besucht. Die Satten und die halbhaften Spießbürger waren freilich fern geblieben. Aber alle, die mit der Not zu tun und einen schweren Kampf um das Da-

sein zu führen haben, waren erschienen. Genosse Bromme-Lübeck referierte über den Kampf um die Teuerung. Am Schlusse seiner Ausführungen wies er darauf hin, daß von vielen, die nicht in die Versammlungen kommen, behauptet wird: Durch die Protestversammlungen würden Brot und Fleisch auch nicht billiger; ergo blieben sie lieber zu Hause. Das sei falsch. Durch die Versammlungen würden die Beschäftigten wieder einmal aufgerüttelt und empört. Deren Aufgabe sei es dann, die Aufrüttelung unter die zu tragen, die die Versammlungen schwächen. Würde das von allen beachtet, die in den letzten zwei Wochen im Deutschen Reich Protestversammlungen besuchten, dann würde die Mehrheit des Volkes bald aufgesteckt sein. Und einem ganzen Volke gegenüber vermöge keine Regierung zu widerstehen. Das 1/4-kündige Referat löste lebhaften Beifall aus. Am Schlusse wurde die bekannte Resolution einstimmig angenommen.

Eutin. Die Protestversammlung gegen die Teuerung, welche hier Sonnabend im Lokale des Herrn P. Schröder tagte, war außerordentlich gut besucht. Das Referat lag in den Händen des Genossen Stelling-Lübeck, der sich in seinen Ausführungen u. a. auch mit der schäbigen Haltung des „Anzeigers für das Fürstentum Lübeck“ in der Frage der Teuerung beschäftigte und insbesondere darauf hinwies, daß das agrarierfeindliche Verhalten des Blattes den Anlaß geben mußte, daselbst aus dem Hause des Arbeiters hinauszurufen. Genosse Loe unterstrich als Vorzöger die Ausführungen und schloß sodann die Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie.

Harburg. Eine schwere Bluttat. Am Freitag wurden eine Frau aus der Niemannstraße und deren Liebhaber schwer verletzt ins Krankenhaus geschafft. Der Mann hatte die Frau zu töten versucht und dann sich selbst schwer verletzt. Während längerer Abwesenheit ihres Mannes war die Frau mit einem anderen Manne ein Liebesverhältnis eingegangen. Jetzt, als die Rückkehr des Ehemannes zu erwarten war, wollte die Frau dem unerlaubten Verhältnis ein Ende machen. Das verfehte den Liebhaber so in Erregung, daß er zum Messer griff und es der Frau in die Brust steckte. Auch sich selbst verletzte der Mann mit dem Messer an der Brust und versuchte außerdem, sich mit Glas die Pulsader zu öffnen. Lebensgefahr besteht bei keinem der Verletzten. Der Mann will die Tat im Einverständnis mit der Frau begangen haben, doch wird dieses von der Frau bestritten. Sollte die Frau recht haben, würde Anklage wegen Mordversuchs erhoben werden.

Kiel. Der verfrachtete Oberscharfmacher. Der hiesigen Scharfmacher-Gesellschaft, die übrigens auf die ganze Provinz ihren Druck ausübt, ist ein höchst unangenehmer Zwischenfall passiert. Ihr Leiter, der Stadtverordnete und Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe Schleswig-Holsteins, Zimmermeister Frauen, ist nämlich in große Schwierigkeiten geraten. Das Stadtverordnetenmandat hat der Herr wegen geschäftlicher Missetaten bereits niedergelegt. Was weiter folgen wird, bleibt abzuwarten. Vor etwa drei Wochen trat es zuerst an die Öffentlichkeit, daß Frauen in Zahlungsschwierigkeiten geraten war, da er den bei ihnen beschäftigten Arbeitern den verdienten Lohn nicht auszuzahlen vermochte. Einige der Leute, die sich durch Versprechungen noch einige Zeit vertrösten ließen, haben am meisten eingebüßt. Als dann die Arbeiter ihre Papiere verlangten, stellte sich obendrein heraus, daß seit geraumer Zeit keine Invalidenmarken auf die Karten geklebt waren, obgleich der Betrag den Arbeitern jede Woche vom Lohn in Abzug gebracht worden war. Die Summe der nicht ausbezahlten Löhne stellt sich auf reichlich 6000 Mk. Die Leiter der in Frage kommenden Organisationen versuchten zwar, zu retten, was noch zu retten war. Sie ließen Beschlagnahme auf vorhandenes Inventar, als Hilfsmaschinen, fertige Arbeiten, Werkzeuge, Mobilien usw. legen. Es erlitten das angebracht, da den auf 67200 Mk. sich belaufenden Forderungen Werte von etwa 35000 Mk. gegenüberstanden. Es stellte sich jedoch heraus, daß diese längst von anderer Seite mit Beschlagnahme belegt worden waren. Seine Grundstücke und dergleichen hatte Frauen ebenfalls Banken und großen hiesigen Firmen zur Sicherheit überwiesen. Da somit eine Masse nicht vorhanden ist, machte das Gericht die Verhängung des Konkurses über das Baugeschäft Frauen von der Hinterlegung einer Kostengarantie in Höhe von 3000 Mk. abhängig. Da jedoch niemand das Geld riskieren will, verlieren die Forderungen der Arbeiter ihre Eigenschaft, als bevorzugte zu gelten, was bei einer Verhängung des Konkurses der Fall wäre. Die reichlich 500 Mk. für nicht geklebte Invalidenmarken sind, jedenfalls aus guten Gründen, dieser Lage von Frauen an die Versicherungsanstalt abgeführt worden. Es erdamt den etwaigen Folgen aus dem Wege geht, bleibt abzuwarten. Die Vertreter der Geschädigten gedenken die ausstehenden Forderungen auch weiter auf dem rechtmäßigen Wege geltend zu machen. Zunächst ist von den in Frage kommenden Organisationen, den Zweigvereinen des Deutschen Bauarbeiterverbandes, des Zentralverbandes deutscher Zimmerer und des Holzarbeiterverbandes, beschloffen worden, über das Baugeschäft von Frauen sowie über dessen in der Ausführung befindlichen Neubauten, darunter der Bau einer Volksschule in Ellerbeck, die Sperre zu verhängen, bis die Arbeiter ihre rückständigen Löhne ausbezahlt erhalten haben. Die Frauenlichen Bauten bleiben auch dann gesperrt, wenn die Fortsetzung der Arbeiten durch andere Unternehmer erfolgt. Weiter soll an die Kollegen der Stadt Kiel eine Eingabe gerichtet werden, worin verlangt wird, daß die Stadt bei den in ihrem Auftrage ausgeführten Bauten die Garantie für die Löhne der Arbeiter übernimmt. Ferner wird gewünscht, daß den bei dem Ellerbeck'schen Schulbau beschäftigten, durch Frauen geschädigten Arbeitern der ihnen entgangene Lohn von der Stadt ausbezahlt wird.

Kiel. Reicher Fischfang. Eine Menge Matrosen sind durch die hier massenhaft auftretende Heringsbrut in die Kieler Förde hineingelockt worden. Das hat einer größeren Anzahl Kieler, deren Zeit es erlaubt, Gelegenheit gegeben, dem begehrten Ickel mit der Angelrute auf den Leib zu rücken. Vom Ufer, noch mehr jedoch von Booten aus werden die Matrosen mit der Angel gefangen. Das Ergebnis war recht erfreulich. Einzelne Angler hatten sogar ziemlich große Mengen dieser Fische gefangen, so daß sie nicht allein zur Genüge für den Eigenbedarf hatten, sondern auch noch einen Teil des Fanges an andere verkaufen konnten.

Schwerin. Aus dem Dohritenlande. Auf besonderen Befehl des Großherzogs Friedrich Franz hat der Oberkirchenrat an sämtliche Pastoren folgenden Erlaß heraus gegeben:

Friedrich Franz
von GOTTES Gnaden Großherzog von Mecklenburg, etc.
Wir lassen aus Veranlassung der bevorstehenden, mit Gottes Hülfe glücklichen Entbindung Unserer Gemahlin, der Frau Großherzogin Alexandra, Königlichem Hoheit, euch hieneben ein Zurgebet und ein Dankgebet mit dem gnädigsten Befehl zugehen, daß ihr das Zurgebet am 15. Sonntag nach Trinitatis, den 15. September d. J. und weiter an allen Sonntagen bis zur erfolgten Entbindung, das Dankgebet aber an dem

ersten Sonntage nach Erhaltener Kunde von der erfolgten glücklichen Entbindung verleset.

Gegeben durch Unseren Oberkirchenrat.
Schwerin, den 7. September 1912.

Das für die Kirchenbesucher angeordnete Gebet lautet wie folgt:
In unjer andächtiges Gebet schließen wir auch unser Frau Großherzogin ein und bitten Dich lieber himmlischer Vater: stehe Du ihr bei an jenem Tage, dem sie durch Deine Gnade entgegensehet, und wenn ihre Stunde gekommen ist, dann gib ihr Freudigkeit, daß sie getrost sei, weil Du bei ihr bist mit Deiner Hülfe. Schenke Du ihr eine fröhliche Erfüllung ihrer Hoffnung und nimm ihr Leben in Deinen starken Schutz und laß also unserm Fürstenhaus und uns in ihm von Deiner Güte Heil widerfahren. Erhöre uns, lieber Gott, nach Deiner großen Treue. Amen.

Wir bitten zu beachten, daß dieser Befehl aus dem Jahre 1912, nicht aus dem 17. Jahrhundert stammt.

Bremerhaven. Reservisten als Arbeitswillige gesucht. Es ist nicht neu, daß Reservisten bei ihrer Entlassung aus dem Militärdienste Arbeit zugewiesen wird, die sich nachher als Streitarbeit entpuppte. In der Armeeaussgabe des „Arbeitsmarkt“ wird auch für die Tischlermeister der Unterwejerste (Lehe, Bremerhaven und Geestemünde) der Versuch gemacht, ihnen Arbeitswillige zuzuwenden. Der Arbeitsnachweis für das Baugewerbe sucht Tischler, und daneben sucht ein Angestellter des Arbeitgeberverbandes, ein Herr Braun in Lehe bei Bremerhaven, gebet durch seine Privatadresse, 15 Bautischler. Die organisierten Arbeiter werden ersucht, die von der „Ferienkolonie“ heimkehrenden Tischler auf den Streif ihrer Kollegen aufmerksam zu machen und sie zu veranlassen, die Unterwejerste zu meiden.

Bremen. Selbstmord, weil — stellenlos! Ein hiesiger Handlungsgehilfe, der schon seit längerer Zeit stellenlos war, machte seinem Leben durch Erhängen in einer Landbude ein Ende. In einem Brief an seine Eltern teilt er ihnen mit, daß er aus dem Leben scheiden wolle, weil er keine Stellung bekommen könne. Als die bestürzten Eltern in die Landbude eindringen, hatte der Sohn sein Vorhaben bereits ausgeführt. — **Familiendrama.** Freitag abend hatte ein in der Altstadt wohnender Wirt mit seiner Frau Streitigkeiten gehabt, wodurch er so aufgeregt wurde, daß er einen Revolver ergriff und mit diesem drohend vor seiner Frau hin- und herging. Plötzlich fiel ein Schuß und die Frau brach mit einem lauten Aufschrei zusammen. Die Augen war ihr in den Unterleib gedrungen. Von der Sanitätswache wurde die Verletzte nach dem städtischen Krankenhaus gebracht wo ein Arzt feststellte, daß die Kugel durch die Leber gedrungen war.

Helgoland. Ein bedauerliches Torpedobootsunglück hat sich Sonnabend mittag bei den Manövern der Flotte in der Nordsee nördlich von Helgoland zugetragen. Das zur 4. Halbflotte gehörige Torpedoboot „G 171“, das gegenwärtig in der Nordsee an den Herbstmanövern teilnimmt, ist bei einem Durchbruch vom Linienkrieger „Zähringen“ gerammt worden. Es sank in 15 Minuten in 30 Meter Tiefe. Nicht Mann werden vermisst. Die Unfallstelle befindet sich nördlich von Helgoland. Von dem gesunkenen Torpedoboot „G 171“ werden vermisst: Verwaltungsschreiber Michelsen, Torpedo-Maschinenmaat Müller, Torpedoboot-Maschinenmaat Krieth, Torpedoberheizer Wichmann, Torpedoberheizer Buß, Torpedomatrose Schulz, Torpedomatrose Friedrich, Maschinenmaat Danzerbrink ist nach vergeblichen Wiederbelebungsversuchen gestorben. Der Obermatrose Schimmler ist auf dem Wege nach Wilhelmshaven. — Das Torpedoboot „G 171“, Kommandant Kapitän Hoppenstedt, hatte 82 Mann Besatzung an Bord, die alle ins Wasser fielen. Die Katastrophe ereignete sich beim sogenannten Durchbruch, bei der Abfeuerung des Torpedos.

Soziales.

Pflichtfortbildungsschule für Mädchen in Berlin. Der Berliner Magistrat gab einem Ortsstatut, das für Mädchen die Pflichtfortbildungsschule einführt, seine Zustimmung. Die Einrichtung dürfte vom kommenden Jahre ab in Kraft treten.

Theater und Musik.

Das neue Stadt-Theater hat gestern abend für die Winterpielzeit seine Pforten geöffnet. Der Besuch war ein sehr guter. Gegeben wurde das fassige Lustspiel „Die fünf Frankfurter“ von Carl Köppler, das allgemein ansprach. Wir kommen auf das Stück noch zurück.

Schiffsnachrichten.

Dampfer „Zris“ ist gestern morgen von Nicolaisbad auf hier abgegangen.
Dampfer „Zmatra“ ging gestern morgen von Wiborg nach Lübeck ab.
Dampfer „Arkona“ verließ gestern morgen Königsberg zur Fahrt auf hier.

Handels- und Marktnachrichten.

Lübecker Marktpreise vom 14. September.
Bauern-Butter Pfd. 1,35—1,40 Mk., Meierel-Butter Pfd. 1,45—1,50 Mk., Käsen — Mk., Enten 3,00—3,50 Mk., Sühner 1,60—2,50 Mk., Küfen Stück 1,00—1,60 Mk., Tauben Stück 50—65 Pf., Gänse Pfd. 85 Pfg., Schinken Pfd. 1,20 Mk., Schweinestopf Pfd. 60 Pfg., Wurst, geräuchert, Pfd. 1,30—1,60 Mk., Eier Stk. 9 Pfg., Kartoffeln 10 Pfd. 40 bis 50 Pfg., Spargel 1. Sorte — Pf., 2. Sorte — Pf., 3. Sorte — Pf., Blumenkohl der Kopf 20—50 Pfg., Kürbchen, bliesige, Pfd. — Pf., eingeschaltete, Pfd. — Pf., **Lebende Süßwasserfische:** Schleie, Portions-schleie Pfd. 1,60—1,80 Mk., größere Pfd. 1,60 Mk., Karpen, größere Pfd. 1,10—1,20 Mk., kleinere 1,00 Mk., Aal, große Pfd. 1.— Mk., mittlere Pfd. 70—80 Pfg., kleine Pfd. 50 Pfg., Karauschen Pfd. 80 Pfg., Hechte, große Pfd. — Pf., Mittel Pfd. 80 Pfg., Variete Pfd. 60 Pfg., Brachsen, große Pfd. — Pfg., kleine Pfd. — Pfg., Aalnd Pfd. — Pfg., Rotaugen, große Pfd. 25 Pfg., kleine Pfd. 10 Pfg., Krebse Pfd. — Pfg., **Salzwasserfische:** Dorsche, lebende Pfd. — Pfg., frische Pfd. 30—35 Pfg., Butter, größere Pfd. 30—35 Pfg., kleinere 20 Pfg., Steinbutt, lebende Pfd. 80—100 Pfg.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling
Verleger: J. H. Schwarz, Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Drucksachen jeder Art für Vereine, Druck- und Gewerbetreibende werden sauber und pünktlich angefertigt in der Druckerei des Lübecker Volksblattes.

Komitee- und
Kommissionssitzungen

Sitzung

der erweiterten Kommission
vom Gewerkschaftshaus
Mittwoch, 18. Septbr.
abends 9 Uhr 3361
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.

Zum 1. Oktober eine Wohnung
mit Stall und Garten zu vermieten
3340 Stoddsdorf, Vohlstr. 37.

Zu kaufen gesucht ein guterhalt.
Kragen für 14jährigen Knaben.
Ang. unter R L an die Exp. d.
Blattes. 3343

Haus mit 3 abgeschlossenen Zwei-
Zimmer-Wohnungen vor dem Mühl-
teufel sehr preiswert zu verkaufen.
Näh/Steinrader Weg 9 b, L. 3342

Neue doppelt. Kl. f. Grammo-ph.
gut spiel. billig; gebrauchte Kl.
werden in Zahlung genommen.
3350 An der Mauer 106.

Fast neuer Kinderwagen mit
Gummireifen und Schoner für
10 Mk. zu verkaufen.
3356 Flugzeitanstraße 21a.

Ein guterhaltener Stockwagen
und ein Miesekantchen mit acht
Jungen billig zu verkaufen.
3353 Schwartauer Allee 121, III.

1 Hahn, Silber-Bradell
(Frühbrut 1912). Preis 3 Mk.
3359 Markstraße 44a.

Sünge Naninchen
zu verkaufen. 3346
Moislinger Allee 178.

Niesen-Naninchen
zu verkaufen. 3341
Moislinger Allee 156.

Fertel zu verkaufen.
R. Schlichting, Stoddsdorf.

An Sonntag, dem 15. Septem-
ber 1912, auf dem Wege v. Schattin
über Herrndorf nach Lübeck
eine Herrenuhr verloren

gezeichnet S. S., ohne Glas und
ohne Kette. Abzugeben gegen Be-
lohnung Kohlenstr. 43, II. 3359

Zwetschen
10 Pfd. Mt. 1.— 3352
100 Pfd. Mt. 9.—
bei 100-Pfd.-weise frei Haus.
Postkarte genügt.

A. Peters, Mittelstraße.

Zwetschen
10 Pfd. Mt. 1.— 3351
100 Pfd. Mt. 9.—
bei 100-Pfd.-weise frei Haus.
Postkarte genügt.

J. Wulf, Dornesir. 19-19a.

Zwetschen
große trockene Ware, 10 Pfd. 1 Mt.
W. Süke, Barendsbergstr. 25.
Fernsprecher 1746. 3358

Zwetschen
täglich frische Ware,
10 Pfund 1 Mt. 3355

Aug. Westphal, Ludwigstr. 69.

Umen
Goldene Trauringe, Myriankränze.
H. Schultz, ab Johannisstr. 20

H. Schultz, ab Johannisstr. 20

H. Schultz, ab Johannisstr. 20

H. Schultz, ab Johannisstr. 20

H. Schultz, ab Johannisstr. 20

H. Schultz, ab Johannisstr. 20

H. Schultz, ab Johannisstr. 20

H. Schultz, ab Johannisstr. 20

H. Schultz, ab Johannisstr. 20

Neue Subskriptions = Eröffnung

Unsere Abonnenten erhalten ein welt-
berühmtes Buch für nur 25 Pfennig

pro Woche in Liefe-
rungen erscheinend und
zwar die hochinter-
essanten Erlebnisse und
Erfahrungen:

Carl Hagenbeck Von Tieren und Menschen

Wir bieten hierdurch
unsern Lesern den Vorteil,
dieses wertvolle Werk mit
134 zum Teil farbigen
Bildern, das den Stolz
jeder Bibliothek, einen
Hauschat für die ganze
Familie bildet, das für
Alt und Jung interessant
und lehrreich ist, ohne
Verzierung in

Raten v. wöchentlich
25 Pf. zu beziehen.

Hier liegt ein Buch vor,
wie kein zweites bisher ge-
schrieben wurde, noch je-
mals geschrieben werden
kann, ein Buch, das jeder
sich anschaffen sollte.



„Ein Volksbuch
im besten Sinne“

ist Carl Hagenbecks Werk
mit Recht genannt worden.
Es hat den ungeheuren Er-
folg, den es erzielt, auch
verdient. Ein Mensch er-
zählt darin seine Erlebnisse
u. Erfahrungen, der auf der
ganzen Erde heimisch ist,
dessen Interesse sich auf alle
Arten von Tieren und
Menschen richtet, der Welt-
reisender, Tierzüchter und
Kaufmann in einer Person
ist. Und er berichtet es, seine
Erlebnisse so interessant u.
spannend zu schildern, wie
der beste Roman es kaum
vermag.

Carl Hagenbeck der große Name läßt vor den Augen die fesseln anziehenden
Bilder erheben von fernem Erdboden, deren Jagdaründe die
Jäger und Kämpfer des großen Tierreichs der Welt durchstreifen, dem fast
sämtlich zoologischen Gärten ihre Schätze herbeiführen. Allgemein bekannt sind die
erstaunlichen Erfolge Hagenbecks in der Zucht der Löwen, Tiger, Bären und
andere wilde Tiere in friedlichem Beisammenleben fest. Carl
Hagenbecks Aufzeichnungen sind

die interessanteste Veröffentlichung, die in den letzten
Jahren erschienen ist.

Carl Hagenbecks Erlebnisse und Erfahrungen sind aber mehr
als eine Reihe von interessanten und anziehend anschaulich ge-
schriebenen Erzählungen. Das Buch gibt vor allem den Lebensgang
eines Mannes wieder, der aus kleinen Anfängen ein Weltmann be-
gründet hat, und enthält eine Fülle beherzigenswerter u. lehrreicher
Erfahrungen. Auch für die reife Jugend bedeutet Hagenbecks Werk ein Buch,
wie es besser nicht denken läßt.

Von der ersten bis zur letzten Seite hält uns der Inhalt der oft mit zu
hohen gebundenen Summe vorgetragen gefangen. Dabei ist Carl
Hagenbecks Werk keine bloße Unterhaltungslektüre, es ist ein Bildungs-
element ersten Ranges. Ein neuer „Brehm“ liegt hier vor uns, seiner
lebhaften Form entspricht und am die Offenbarungen eines weltumfassenden
Schicksalsgeistes berichtet.

Das Werk ist auch in einem
Bande zum Preise von **M. 6.—**

zu beziehen von der Buchhandlung
Friedr. Meyer & Co., Lübeck.

80000 Exemplare
bereits verkauft

Bestellen
bei
Friedr. Meyer & Co.
Lübeck
In die Buchhandlung
Friedr. Meyer & Co.
Lübeck
bestellen
unterzeichnet...
Carl Hagenbeck, von Tieren und Menschen
vollständig in 21 Lieferungen à 25 Pf. = 5,25 Mk.
nach einer Einbanddecke für 70 Pf.
Abgerichtet ist eine Lieferung zugute.
Bestellb. komplett in 1 Band für M. 6.—
(Mitgliedschaften ist zu durchschreiben.)
Name und Stand:
Genauere Abreise:

Johs. Freyholz
Anarte Geschenke
für alle Feste,
Geburtstage, Verlobungen,
Hochzeiten, Jubiläen etc.
Regel- und Schießpreise,
Sporturmlen, (2154
Vereinsgewinne,
Reise-Erinnerungen,
Süßigkeiten für
Luxus und Gebrauch.
Breitelstr. 53

**Vereinigte
Butterhändler
von Lübeck
und Umgeg.**
Allerfeinste Meiereibutter
kostenl. Pfd. 1.50 Mk. 3345

Verloren am Sonntag ein schön.
Kinderhüch v. Adels-
born bis Bistenstraße. 3348
Abzugeben Logenstraße 22.

Zu haben
in Apotheken und
Drogerien.
Borhls
3336

Bibliothek des praktischen Wissens.
Nr. 1. Die Kunst der Rede..... Mt. 1.—
Nr. 2. Das Ehe- und Familienrecht... Mt. 0.75
Nr. 3. Das Vormundschaftsrecht..... Mt. 0.75
Nr. 4. Das Erbrecht u. die Testamente Mt. 0.75
Nr. 5. Das Recht der unehelichen Kinder
und der Kindermütter..... Mt. 0.75
Buchhandlung Fr. Meyer & Co.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Mitgliedschaft Lübeck.
**Gemeinschaftliche
Mitglieder - Versammlung**
am Dienstag, dem 17. September
abends 8 1/2 Uhr
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.
Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Beratung eines neuen Kartellregulativs.
3. Abrechnung vom Sommer-Vergnügen.
4. Kartellbericht.
5. Innere Verbandsangelegenheiten.
Zahlreiches Erscheinen erwartet
3338
Der Vorstand.

Öffentliche politische Versammlung.
Moising.
Große öffentliche
Volks-Versammlung
am Dienstag, dem 17. September
abends 8 1/2 Uhr
im Lokale der Ww. Schreiber (Kaffeehaus).
Tagesordnung:
1. Der Kampf gegen die Teuerung.
2. Eingemeindungsfrage.
Referent: Bürgerchaftsmitglied Dr. Schlomer.
3. Freie Aussprache.
Männer und Frauen von Moising und Genin erscheint in Massen.
3347
J. A.: Joh. Dencker, Moising.

Öffentliche politische Versammlung.
**Kücknitz, Siems
und Umgegend.**
Mittwoch, den 18. d. M.,
abends 8 Uhr
Große Volksversammlung
im Saale des Herrn Dieckel-
mann zu Kücknitz.
Tages-Ordnung:
**Der Kampf gegen die
Teuerung.**
Referent: Parteisekretär
W. Bromme, Lübeck.
Freie Aussprache.
Einem starken Besuch sieht entgegen
3357 Der Sinnerufer.
W. Wegner, Dummerdorf.

**Zentral-Kranken- und Sterbe-
kasse der Zimmerer.**
Mitglieder-Versammlung
Dienstag, 17. Sept.
abends 8 1/2 Uhr
im Lokale des Herrn J. Mohr,
Gundestraße 101.
Tagesordnung:
1. Wahl des Vorstandes.
2. Der Entwurf zu einer Ersatzkasse.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
3349) Der Vorstand.

**Sozialdemokratischer Verein
Tremms-Vorwerk.**
Mitglieder-Versammlung
Mittwoch, 18. d. M.,
abends 8 1/2 Uhr
bei Wirt Schulz in Tremms.
Tagesordnung:
1. Eingemeindungsfragen.
Ref.: Dr. Schlomer, Lübeck.
2. Wichtige Gemeindeangelegen-
heiten.
Das Erscheinen aller Mitglieder
wünscht
3337) Der Vorstand.

Dilettanten-Klub „Freiheit“.
Gr. theatralischer Abend
am Dienstag, 17. September
im „Konzerthaus Flora“.
Zur Aufführung gelangt:
Mathilde
ein deutsches Frauenherz.
Schauspiel in 4 Aufzügen.
Kasseneröffnung 7 1/2 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.
Karten im Vorverkauf 30 Pf., an
der Kasse 40 Pf., Kinder 15 Pf.,
Programm frei.
Karten sind zu haben bei Bartel-
mann, Güststr. 71, Jürs, Engels-
grube 59, Lexau, Böttcherstr. 18, im
„Konzerthaus Flora“ und bei sämt-
lichen Mitgliedern. (3180)

Hansa-Theater.
Abends 8 1/2 Uhr:
Phänom. Dressur-Akte
Mr. Kretons dress. Hunde
Maxims dressierte
Menschen-Affen
und 10 Attraktionen.
Ab 11 Uhr: KABARETT.
Neue Kräfte.
Entree frei. 3354

Neues Stadttheater.
Dienstag, den 17. September:
Ein Sommernachtstraum
v. Shakespeare, Musik v. Mendelssohn
Mittelpreise.
Mittwoch, den 18. September:
Glaube und Heimat
von Karl Schönherr. (3344
Kleine Preise.
Donnerstag, den 19. September:
Figaros Hochzeit.
Von Mozart. Große Preise.

Die Angestelltenversicherung.

Die Wahl der Vertrauensmänner und Ersahmänner für die Angestelltenversicherung findet statt: für die Angestellten am Sonntag, dem 27. Oktober d. J., von 10 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags, für die Arbeitgeber am Dienstag, dem 29. Oktober d. J., von 10 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags, für den Wahlkreis, umfassend das Staatsgebiet der freien und Hansestadt Lübeck.

Für die Wahl der Angestellten ist der Wahlbezirk gemäß § 17 Abs. 2 der Wahlordnung vom 3. Juli d. J. in die aus dem angefügten Verzeichnisse ersichtlichen 13 Stimmbezirke geteilt worden. Gewählt wird:

- für den 1. Stimmbezirk in den Zentralhallen, Danwartstraße 20,
- für den 2. Stimmbezirk im Bürgerverein, Königstraße 25,
- für den 3. Stimmbezirk im Konzerthaus Fünfhausen, Fünfhausen 17/19,
- für den 4. Stimmbezirk im Restaurant Hohenzollern, Süßstraße 17,
- für den 5. Stimmbezirk in der St. Lorenzhalle, Moislinger Allee 21,
- für den 6. Stimmbezirk im Gasthof Sadowa, Fackenburg Allee 44,
- für den 7. Stimmbezirk in der Gastwirtschaft von Schulz in Kurau, Lübb. Anteils,
- für den 8. Stimmbezirk in der Gastwirtschaft von Diedelmann in Rüdnicz,
- für den 9. Stimmbezirk in der Gastwirtschaft von Böge in Schlutup,
- für den 10. Stimmbezirk im Hotel Stadt Kiel in Travemünde, Kurgartenstraße 61,
- für den 11. Stimmbezirk in der Gastwirtschaft von Pflüß in Rüsse,
- für den 12. Stimmbezirk in der Gastwirtschaft von Ehlers in Behlendorf,
- für den 13. Stimmbezirk in der Gastwirtschaft von Schlüter, Krummester Baum.

Für die Wahl der Arbeitgeber bilden die Stadt und die Vorstädte, sowie die Landgemeinden Genin, Gothmund, Israelsdorf, Krempelsdorf, Moisling, Niendorf, Neede, Schattin, Schönböden, Strednicz, Ueck, Norwerk und Wesloe einen Stimmbezirk. Gewählt wird in den „Zentralhallen“, Danwartstraße Nr. 20. Das übrige Landgebiet ist in der gleichen Weise, wie für die Wahl der Angestellten, in 7 Stimmbezirke geteilt; die Wahlräume sind dieselben, wie für die Wahl der Angestellten.

Es sind zu wählen sechs Vertrauensmänner und zwölf Ersahmänner.

Die Vertrauens- und Ersahmänner werden je zur Hälfte aus den versicherten Angestellten, die nicht Arbeitgeber sind, und aus den Arbeitgebern der versicherten Angestellten gewählt.

Die Vertrauens- und Ersahmänner aus den Arbeitgebern werden von den Arbeitgebern der versicherten Angestellten, die übrigen von den versicherten Angestellten gewählt.

Wahlberechtigt sind volljährige Deutsche, männlichen und weiblichen Geschlechts, sofern sie zu den versicherten Angestellten oder deren Arbeitgebern ge-

hören und im Staatsgebiet der freien und Hansestadt Lübeck wohnen.

Wahlberechtigt als Arbeitgeber sind — wenn sie nicht als Angestellte wahlberechtigt sind — auch

1. die gesetzlichen Vertreter geschäftsunfähiger und beschränkt geschäftsfähiger natürlicher Personen,
2. bei juristischen Personen die Mitglieder des Vorstandes, bei Gesellschaften mit beschränkter Haftung die Geschäftsführer, bei anderen Handelsgesellschaften die persönlich haftenden Gesellschafter, soweit sie nicht von der Vertretung ausgeschlossen sind. Sind hiernach für eine juristische Person oder Gesellschaft mehrere wahlberechtigte Personen vorhanden, so darf nur eine von ihnen das Wahlrecht ausüben.

Wahlbar sind nur Versicherte, die nicht Arbeitgeber sind, und Arbeitgeber der versicherten Angestellten, die im Staatsgebiet der freien und Hansestadt Lübeck wohnen oder beschäftigt werden oder ihren Betriebsitz haben.

Wahlbar als Arbeitgeber sind — wenn sie nicht als Angestellte wahlbar sind — auch

1. die gesetzlichen Vertreter geschäftsunfähiger und beschränkt geschäftsfähiger natürlicher Personen,
2. die Mitglieder des Vorstandes einer juristischen Person, die Geschäftsführer einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung, die persönlich haftenden Gesellschafter bei anderen Handelsgesellschaften, soweit sie nicht von der Vertretung ausgeschlossen sind,
3. die bevollmächtigten Betriebsleiter.

Weder wahlberechtigt noch wahlbar ist, wer

1. infolge strafgerichtlicher Verurteilung die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter verloren hat oder wegen eines Verbrechens oder Vergehens, das den Verlust dieser Fähigkeiten zur Folge haben kann, verfolgt wird, falls gegen ihn das Hauptverfahren eröffnet ist,
2. infolge gerichtlicher Anordnung in der Verfügung über sein Vermögen beschränkt ist.

Angestellte, die nach § 390 des Versicherungsgesetzes für Angehörige der Beitragsleistung befreit sind, sind sowohl wahlberechtigt als auch wahlbar.

Gewählt wird schriftlich nach den Grundsätzen der Verhältniswahl.

Die Wahlberechtigten werden aufgefordert, Vorschlagslisten für die Wahl bis spätestens drei Wochen vor dem Wahltag bei dem unterzeichneten Wahlleiter Stadt- und Landamt, Mühlenstraße 72, Zimmer 5, einzureichen.

Die Vorschlagslisten sind für die Arbeitgeber und die versicherten Angestellten getrennt aufzustellen. Jede Vorschlagsliste soll mindestens sozial Namen enthalten, als Vertrauensmänner und Ersahmänner zu wählen sind; sie darf höchstens die doppelte Zahl solcher Namen aufweisen.

Die Vorgesetzten sind nach Vor- und Zunamen, Stand oder Beruf und Wohnort zu bezeichnen und in erkennbarer Reihenfolge aufzuführen. Mangels anderer ausdrücklicher Erklärung wird angenommen, daß die an erster Stelle aufgeführten als Vertrauensmänner vorgeschlagen werden.

Die Vorschlagslisten müssen von mindestens fünf Wahlberechtigten unter Benennung eines für weitere

Verhandlungen bevollmächtigten Vertreters unterschrieben sein.

Die Vorschlagsliste soll die Wählervereinigung, von der sie ausgeht, nach unterscheidenden Merkmalen kenntlich machen.

Hat ein Wähler mehrere Vorschlagslisten unterzeichnet, so wird seine Unterschrift auf allen Vorschlagslisten gestrichen.

Die Vorschlagslisten sind ungültig, wenn sie verspätet eingereicht werden oder wenn sie nicht vorschriftsmäßig unterschrieben sind und der Mangel nicht rechtzeitig behoben wird.

Zwei oder mehr Vorschlagslisten können in der Weise miteinander verbunden werden, daß sie den Vorschlagslisten anderer Wählervereinigungen gegenüber als eine einzige Vorschlagsliste gelten. In diesem Falle müssen die Unterzeichner der Vorschlagslisten oder die bevollmächtigten Vertreter übereinstimmend spätestens bis zum Ablauf des ersten Tages vor dem Wahltag die Erklärung abgeben, daß die Vorschlagslisten miteinander verbunden sein sollen. Andernfalls ist die Erklärung über die Verbindung ungültig.

Wird von den Arbeitgebern bis zum 7. Oktober, nachmittags 6 Uhr, oder von den versicherten Angestellten bis zum 5. Oktober, nachmittags 6 Uhr, nur eine Vorschlagsliste eingereicht, so findet für die betreffende Gruppe keine Wahl statt. Die in der Vorschlagsliste gültig verzeichneten Personen gelten dann in der für den Wahlbezirk erforderlichen Zahl in der Reihenfolge des Vorschlags als von dieser Gruppe gewählt.

Die Wähler haben sich über ihre Wahlberechtigung auszuweisen. Für die versicherten Angestellten dient die Versicherungskarte als Ausweis, für die Arbeitgeber eine von der Gemeindebehörde des Betriebsortes ausgestellte Bescheinigung. Die Arbeitgeber werden aufgefordert, sich die Bescheinigung ausstellen zu lassen.

Das Wahlrecht wird in Person und durch Abgabe eines Stimmzettels ausgeübt. Die Stimmzettel dürfen nicht unterschrieben sein und keinen Protest oder Vorbehalt enthalten. Sie sind außerhalb des Wahlraumes handschriftlich oder im Wege der Vervielfältigung herzustellen.

Den Arbeitgebern ist es gestattet, an Stelle der persönlichen Stimmabgabe ihren Stimmzettel dem Wahlleiter unter Beifügung des Ausweises über ihre Wahlberechtigung brieflich einzuliefern. Die erforderlichen Umschläge erhalten die Arbeitgeber auf Verlangen von dem Vorsteher der Wahl des örtlichen Stimmbezirks ausgehändigt. Der Brief muß spätestens am 29. Oktober, nachmittags 6 Uhr, bei dem unterzeichneten Wahlleiter eingegangen sein. Nachträglich eingehende Stimmzettel sind ungültig.

Jeder Wahlberechtigte hat eine Stimme. Arbeitgeber, die mehr als fünfzig, aber nicht mehr als hundert versicherte Angestellte beschäftigen, haben zwei Stimmen. Für je weitere angefangene hundert versicherte Angestellte erhöht sich die Zahl um eine Stimme. Kein Arbeitgeber hat mehr als zwanzig Stimmen.

Hat ein Arbeitgeber mehrere Stimmen, so hat er jeden Stimmzettel in einem besonderen Umschlag zu verschließen.

Enthält ein Umschlag mehrere Stimmzettel, so gelten sie als ein Stimmzettel, wenn sie gleichlautend sind; andernfalls sind sie ungültig.

Ein Deutscher.

Roman von Otto Ruppis.

(22. Fortsetzung.)

„Und glauben Sie auch,“ fragte Reichardt, „daß mich die Angelegenheit bis Nashville verfolgen würde?“

„Se schneller aus dem Staate, je besser!“ war die Antwort; „heute Abend nach unserer Ankunft wird es zu spät für ein Dampfboot sein; ich werde Sie aber nach einem Hotel bringen, wo ich bekannt bin und morgen früh gehen Sie dann mit der ersten Gelegenheit weiter.“

Reichardt schweigend überließ sich seinen Gedanken; der andere warf seine Zigarre weg und streckte sich zwischen einzelnen Gepäckstücken zum Schlafen aus.

Es war bereits Nacht, als der junge Mann mit schwerem Herzen die Dächer von Nashville vor sich aufstiegen sah. Er hatte einen Überschlag seines Geldes gemacht, aber trotz aller Pläne, mit welchen er seinen Geist abgequält, wollten seine Mittel nach keiner Seite hin ausreichen, und selbst wenn er sich seiner Habgierigkeiten bis auf das Nötigste hätte entäußern wollen, hätte er doch unter den obwaltenden Verhältnissen nicht einmal Zeit oder Gelegenheit dafür finden können.

Der Postwagen hielt endlich vor dem City-Hotel, Reichardts Gepäck ward abgeladen, und sein bisheriger Gefährte auf dem Verdeck führte ihn in das allgemeine Versammlungszimmer, wo er ein paar Worte mit dem Buchhalter sprach und dann den jungen Mann als „bestens empfohlen“ allein ließ. Reichardt hatte sich noch in den letzten Minuten mit dem halben Gedanken herumgeplagt, den Landsmann anzugehen, ihn zur Verwertung eines Teiles seiner Habgierigkeiten auf irgend eine Weise behilflich zu sein; eine eigenartige Scheu aber hatte ihn bis zuletzt zögern lassen, und der amerikanisch-kurze, kalte Abschiedsgruß des Mannes schenkte ihm die für die Eröffnung kaum gewonnenen Augenblicke wieder davon. Als Reichardt sich in dem weiten, nur matt erleuchteten Zimmer allein sah, überkam ihn ein Gefühl des Kleinstehehens, wie er es in diesem Maße selbst auf dem amerikanischen Boden noch nicht gekannt. Mit Macht suchte er aber die entmutigende Empfindung zu unterdrücken und machte sich, um die Zeit bis zu dem versprochenen Abendessen zu verbringen, an das Studium der Dampfboot-Angebote, welche in mächtigen Zetteln an den Wänden des Zimmers aufgemacht waren. Noch mußte er nicht wohnen, und seine Aufmerksamkeit richtete sich auch weniger auf den Bestimmungsort der Boote als auf den Preis der Beförderung — mehr als für Zwischendeck konnte er nirgends be-

zahlen, trotz der heißen Dampfessel und der unsauberen Gesellschaft, welche er dort zu erwarten hatte, und so wollte er eben über sein nächstes Ziel mit sich zu Räte gehen, als sein Augen auf einen kleinen, bis jetzt übersehenen Zettel fiel und dort wie gebannt haften blieb. „Parlour-Opera! Third and last Night. Scenes from all the great Italian Operas in the most splendid costumes,“ bildete die ersten hervorstechenden Zeilen; das war es aber nicht, was seinen Blick gefesselt — gleich darunter präsentierte sich: „Matilda Hoyer, the great Prima-Donna,“ an der Spitze der übrigen Künstlernamen. Konnte es denn wohl zwei Matildas Hoyer geben? Wenn Reichardt sich das verunglückte Konzert in Newyork, nach welchem das Mädchen verschwunden war, vergegenwärtigte; wenn er daran dachte, daß sie damals noch von einem andern Anerbieten gesprochen, das sie nur ausgeschlagen, weil es Reichardts Mitwirken nicht erlaubte, so zweifelte er keinen Augenblick, daß er hier auf eine Spur der verlorenen „Schwester“ getroffen. Sein Auge suchte hastig das Datum der angekündigten letzten Vorstellung — es war bereits fünf Tage alt, und das Gefühl freudiger Überraschung, an welches sich unwillkürlich die unbestimmte Hoffnung auf einen augenblicklichen Halt geknüpft, machte einer unangenehmen Täuschung Platz. Noch starrte er auf den Zettel, als der Buchhalter eintrat, um ihn zu dem schnell bereiteten Abendbrot zu rufen.

„Wissen Sie wohl, wo die Truppe hier logiert hat?“ fragte der Deutsche, auf das Programm deutend.

Sie wohnten hier im Hause, Str.“

Reichardts Gesicht begann sich wieder zu beleben. „Und Sie wissen auch vielleicht, wohin sich die Gesellschaft von hier gewandt hat?“

„Sie wollten ursprünglich nach Memphis und New-Orleans. Da aber der Gesundheitszustand am unteren Mississippi noch nicht der beste ist, so haben sie es vorgezogen, erst einen Abstecher nach Louisville zu machen, um dann von dort nach St. Louis zu gehen.“

Der junge Mann überlegte — es konnte ihm jetzt ziemlich gleichgültig sein, wohin er verschlagen wurde — er selbst hatte im Augenblick den wenigsten Einfluß auf seine Zukunft; also vorwärts, wo er am sichersten hoffen durfte, wieder eine befreundete Seele zu treffen.

„Hat man wohl nicht allzulange auf eine Gelegenheit nach St. Louis zu warten?“ fragte er.

„Es geht fast jede Stunde ein Boot, Str. Wollen Sie rasch fort, so haben Sie um Mitternacht mit der „Mary Brown“ Gelegenheit.“

„Vortrefflich, ich werde mein Heil auf die Lady setzen!“ rief Reichardt, aus dem gefaßten Entschlusse frische Laune

schöpfend; „aber,“ fragte er, dem Buchhalter aus dem Zimmer folgend, „könnten Sie mir wohl ein ungefähres Bild von der Miß Hoyer, der ersten Sängerin der Gesellschaft, geben?“

Der Befragte gab lächelnd die verlangte Auskunft. „Sie hat hier viel Glück gemacht und ist sehr bewundert worden!“ setzte er hinzu.

Reichardt nickte nur — es war die rechte Matilde, und mit freudiger Spannung setzte er sich zu seinem Mahle nieder. Ob ihm das Mädchen, selbst wenn er es im glücklichsten Falle traf, nur das geringste würde helfen können, wußte er nicht, er hatte doch aber für die nächsten Tage wenigstens ein bestimmtes Ziel vor sich.

Eine Stunde darauf betrat er, einen Keger mit seinem Gepäck hinter sich, den hellerleuchteten Dampfer. Der Schmarze wollte seine Last gleich nach der Gepäckkammer bringen, Reichardt aber ließ sie auf dem untern Deck niedersehen, fertigte den verwundert aufschauenden Träger mit einem Trintgelde ab, welches dessen zweifelnden Ausdrucks sofort in eifrige Krachfüße verandelte, und setzte sich alsdann auf seinem Koffer nieder, bis der Dampfer vom Lande abgestoßen worden war. Dann suchte er die „Office“ auf.

„Deppassage, Sir?“ fragte der Kapitän, nach welchem er sich erkundigt, und ließ einen befremdeten Blick über das Äußere des jungen Mannes laufen; „werden es verdammt heiß und unbequem für die lange Fahrt finden!“

„Rann's nicht ändern, Kapitän,“ erwiderte Reichardt ruhig, „ich habe in meinem Reisegeld zu kurz gerechnet, und der Mensch muß sich auch einmal in unangenehme Verhältnisse fügen können.“

„Das ist so, Sir, bringt's aber nicht jeder mit so leichtem Mute fertig,“ versetzte der andere, einen neuen Blick auf seinen Passagier werfend; „wie Sie wollen!“

Reichardt bezahlte den geforderten Fahrpreis — er war geringer, als er für die weite Entfernung gefürchtet — rückte sich dann mit leichtem Herzen seinen Koffer in eine luftige Ecke und machte es sich, seinen Violinfaxen als Pfuhl gebrauchend, so bequem als möglich. Die prachtvollste Nacht lag über dem Flusse; bald hatte sich der Deutsche an das Arbeiten und Zischen der Maschine, an das Lärmen der Feuer-männer und das Sprühen der Flammen gewöhnt, und konnte sich ungestört seinen Gedanken hingeben; gern hätte er sich ein Bild seiner Zukunft geschaffen, aber ihm fehlte jeder Anknüpfungspunkt dafür, und selbst Matilde „in the most splendid costume,“ wie es in dem Opernprogramm hieß, war ihm zu einer halbfremden Erscheinung geworden. Dafür aber tauchte die Vorstellung in ihm auf, in wie verschiedener Weise

Der Wahlberechtigte darf sein Wahlrecht nur in dem Stimmbezirk, in dem er wohnt, ausüben.

Es kann nur für unveränderte Vorschlagslisten gestimmt werden; auch die Reihenfolge der Vorgesetzten in der Vorschlagsliste darf nicht geändert werden.

Ungültig ist die Wahl einer Person, die zur Zeit der Wahl nicht wählbar war.

Ungültig ist ferner die Wahl einer Person, von der oder zu deren Gunsten von Dritten die Wahl rechtswidrig (§§ 107 bis 109, 240, 339 des Reichsstrafgesetzbuches) oder durch Gewährung oder Verprechung von Geschenken beeinflusst worden ist, es sei denn, daß dadurch das Wahlergebnis nicht verändert worden ist.

Lübeck, den 14. September 1912.

Kat Dr. Stord,
als bestellter Wahlleiter.

Verzeichnis der Stimmbezirke.

1. Stimmbezirk:

Marien-Quartier, ferner die Vorstadt St. Jürgen sowie die Landgemeinden Strednig und Genin.

2. Stimmbezirk:

Jakobi-Quartier, ferner die Vorstadt St. Gertrud sowie die Landgemeinden Israelsdorf, Gotthmund, Wesloe, Schattin und Utecht.

3. Stimmbezirk:

Marien-Magdalenen-Quartier.

4. Stimmbezirk:

Johannis-Quartier.

5. Stimmbezirk:

Vorstadt St. Lorenz, Lindenplatz und sämtliche südlich davon gelegenen Plätze, ferner die Landgemeinden Moising, Niendorf und Reede.

6. Stimmbezirk:

Vorstadt St. Lorenz, sämtliche, nördlich vom Lindenplatz gelegenen Straßen und Plätze, ferner die Landgemeinden Schönböden, Krepeldorf und Borwerk.

7. Stimmbezirk:

Die Landgemeinden Kurau, Dissau, Krumbel und Mallendorf.

8. Stimmbezirk:

Die Landgemeinden Siems, Rüdign, Dummerdorf, Herrenhof und Pöppendorf.

9. Stimmbezirk:

Landgemeinde Schlutup.

10. Stimmbezirk:

Das Städtchen Travemünde sowie die Landgemeinden Jwendorf, Rönau, Brodten, Gneversdorf und Leutendorf.

11. Stimmbezirk:

Die Landgemeinden Klasse, Kitzerau, Poggensee, Groß-Schretflaken, Klein-Schretflaken und Tramm.

12. Stimmbezirk:

Die Landgemeinden Dächelsdorf, Siertstade, Hollenbeck, Behlendorf, Absfelde, Giefensdorf und Harmsdorf.

13. Stimmbezirk:

Die Landgemeinden Kronsförde, Wuffsdorf, Korrade, Klansensee, Reidendorf, Krummsee, Nieder-Büffau und Ober-Büffau.

Aus der Partei.

Der sozialdemokratische Parteitag in Chemnitz wurde gestern abend eröffnet. Circa 20000 Genossinnen und Genossen hatten sich zu diesem Akt im Eröffnungslokal, der Sporthalle, eingefunden. Nach einer Begrüßungsansprache wurde der Parteitag vom Genossen Haase eröffnet. Zu Vorsitzenden wurden die Genossen Haase und Röske gewählt. Die Tagesordnung wurde noch ergänzt um die Punkte: Lebensmittelerhöhung, Bergarbeiterlohn...

er wohl jetzt reisen würde, wenn er nicht selbst das Glück, welches ihm Hartzel geboten, vor sich gesehen, und unwillkürlich begann er zu grübeln, warum er denn das Mädchen nicht hätte lieben können — das einzige Wesen in seinem jetzigen Leben, das sich warm und fest an ihn gehalten, das wohl für ihn hingebend hätte, was es zu opfern gehabt. Es tat ihm wohl, alle Szenen mit ihr, seit ihrem Zusammenstreffen in Saratoga, an seinem Geiste vorüberziehen zu lassen, und jetzt, wo er ihre Empfindungen kannte, die Erklärung für so manche damalige Äußerung ihres eigentümlichen Verhaltens zu finden. Er dachte, daß er nicht so, wie es geschehen, für immer von ihr losgerissen dürfte; er nahm sich vor, sobald er in St. Louis angekommen, einen langen Brief an sie zu schreiben, ihr zu sagen, daß sie eine tiefere, härtere Empfindung verdiente, als er ihr habe weihen können, da er sich überhaupt keiner heissen Liebe für fähig halte; daß er zum Besten an ihr und zum Schaden ihres künftigen Glückes hätte werden müssen, wenn er anders gehandelt als er getan; er begann den Brief im Geiste auszuarbeiten; bald aber verirrte das eindringende Geräusch um ihn her seine Gedanken, und trotz seines harten Sinnes war er eingeschlagen, ehe er es nur selbst wagte.

Das Boot legte während der Nacht zum Anker an, Passagiere kamen und gingen, Güter wurden aus- und eingeladen. Reichardt wurde der Vorgänge kaum anders als im halben Traum gewahr; als ihn aber die aufgehende Sonne weckte und er sich erheben wollte, fühlte er jeden einzelnen Teil seines Körpers wie zerstückelt; kaum daß er imstande war, sich gerade als seine Füße zu setzen. Um ihn her, auf jedem letzten Schritt, auf jedem Schritt, welcher die Trübsal führte beim Ein- und Ausladen zu nehmen hatten, lagen unzählige Gebälke aus Leder oder ähnlichen Unterlagen noch feucht an Boden, und Reichardt sah jetzt, in welcher Gesellschaft er sein Lager zu nehmen hatte, wenn er mit gebundenen Gliedmaßen in St. Louis ankommen wollte. Er beabsichtigte, sein Reittier voranzuführen, ehe er dadurch mit den übrigen Passagieren in Berührung kommen konnte, und als er seine Toilette nach bester Möglichkeit gemacht, seine Glieder gedehnt hatte, und er sich nun von der fahrenden Woge der Passagiere löste, begann er auch die unangenehmen Einwürfe zu vermeiden. Nach zwei oder drei Minuten war er wieder die Höhe im Auge gekommen, und so lange ließ sich das ganze unangenehme Geräusch ertragen. Er hatte sich nach dem äußeren Bordsteil des Bootes begeben, konnte sich eine Minute von dem kleinen Kessel, welchen er nach bei sich trug, an und ließ die Hand rücken, bald maleisch bedeckten ihm an seinem Tage vorüberziehen. Aus dem kleinen Kessel die Hand zum Vordringen, und der Dampf machte sich eben bedecken, auf welcher Höhe er zu einem Ja-

hute Tag begannen die eigentlichen Verhandlungen. — Gestern früh tagten in Chemnitz drei riesig besuchte Massenversammlungen, in denen die ausländischen Gäste und mehrere deutsche Genossen begeisterte Reden hielten.

Der Wahlrechtskampf in Ungarn.

Aus Budapest wird uns geschrieben:

Regierung und Opposition sind nun nach der nur allzulangen Schonzeit in Aktion getreten, und das politische Turnier beginnt aufs neue. Mit dem Ende der Ferien hat sich auch der Nebel zerteilt, und das Schlachtfeld gemächlich nun einen Einblick in die Zukunft. Mit der Ordensauszeichnung seitens des Monarchen an jene Politiker, die von der gesetzwidrigen Durchpeitschung und Annahme der Wehroverlagen den größten Anteil hatten, hat der Kampf der Opposition sich womöglich noch verschärft, und die Klust ist nun unüberbrückbar, die die kämpfenden Parteien von einander trennt. Klipp und klar hat die vereinigte Opposition gegen die Regierung Stellung genommen und eine Resolution erbracht, die keinen Zweifel darüber läßt, daß der Kampf derselben nur mit dem Falle der gegenwärtigen Regierung enden kann. Wie wir schon bei Schluß der Reichstagsverhandlungen im Monat Juni betonten, ist ein gemeinsames Vorgehen der oppositionellen Führer Andrássy, Appony und Karoly imstande, jedwede Regierung im Lande zu Falle zu bringen, und diese Behauptung zeigt sich jetzt als zutreffend. Die Stellung Lukacs ist trotz der königlichen Auszeichnung erschütterter, und wenn nicht von ihm aus die gegenwärtige Regierung noch für anderweitige Zwecke gehalten wird, dann gehört sie bereits der Vergangenheit an. Wenn auch über die Kampfesweise der Opposition erst am 16. September in einer neuerlichen Konferenz der Opposition beraten wird, zeigt schon die am 10. September in der Konferenz der vereinigten Opposition erbrachte Resolution, daß die Opposition die Gewaltthäter nicht zu pardonieren geneigt ist. Diese Resolution bringt zum Ausdruck, daß die verbündete Opposition die normale Tätigkeit des Parlaments für unmöglich hält, so lange die rechts- und gesetzwidrigen Handlungen nicht ausgeglichen sind. So lange insbesondere Graf Stephan Tisza und Ministerpräsident Lukacs ihre Stellungen nicht verlassen, ist eine Entwirrung ausgeschlossen. Die unverzügliche Schaffung der Wahlreform ist eine unerläßliche Bedingung des Friedens. Als Bedingung des Friedens betrachtet der Ausschuss ferner die Sicherstellung der Press- und Versammlungsfreiheit, und die gezielte Gewährleistung dieser Rechte. Es gilt also ein Kampf auf Leben und Tod zwischen der Regierung und der Opposition. In diesem Kampfe hat die Regierung nur zwei Wege vor sich. Entweder sie begnügt sich mit dem Geleit, die so lange Zeit bekämpften Wehroverlagen gewalttätig zum Gesetz erhoben zu haben, und räumt jetzt ihre Position, indem sie anderen ihre Stelle überläßt, oder sie klanmert sich an ihre Macht und setzt die gewalttätige Regierungsmethode fort, indem sie nach erprobtem System weiter mit der Gendarmerie- und Militärmacht ihre Invasion im eigenen Lande fortsetzt. Darüber entscheidet jedoch einzig und allein Wien. Ganz anders liegt es mit der zweiten Frage, die für das arbeitende Volk Ungarns weit mehr Interesse besitzt, mit der Frage des Wahlrechts. Das Bündnis der ungarländischen Sozialdemokratie mit der Juszh-Partei bezog sich direkt nur auf die Wahlrechtsfrage. Wenn auch feinerzeit bei dem Parteikongresse sich manche ernste Stimme gegen dies Bündnis mit einer bürgerlichen Partei erhob, die Juszhpartei hat ihre Treue die ganze Zeit hindurch bewiesen, nicht der geringste Vorwurf kann gegen dieselbe erhoben werden. Bei der elfmonatlichen Obstruktion im Reichstage war die Juszhpartei die einzige Oppositionspartei, die erst das Wahlrecht forderte, bevor sie in Verhandlungen über die Wehroverlagen eingehen wollte. Mit der gewaltthätigen Durchpeitschung und Annahme der Wehroverlagen am 4. Juni änderte sich die politische Situation. Die bisher

allmächtig gebundenen Oppositionsparteien, die stets zu Kompromissen mit der Regierung bereit waren, die jede andere Pläne, andere Ziele verfolgten und auch jede andere Vorteile von der Regierung erwarteten, einem demokratischen Wahlrecht jedoch ebenso feindselig gegenüberstanden, als die Regierung selbst, vereinigten sich nun in einem Lager, rissen die Juszhpartei im politischen Trubel mit sich fort und bildeten nun eine neue Koalition gegen die Regierung. Nun gab es nur mehr zwei Lager, die Regierung, die Opposition, und auch die Sozialdemokratie als Bundesgenosse der Fraktion Juszh stand mit einem Schlage drin in der Koalition gegen die wahlrechtsfeindliche Regierung.

Für die ungarische Arbeiterschaft gab es nun eine harte Nuß. Auf ihrem ursprünglichen Programm stehend, mußte sie den politischen Sumpf durchwaten, den vorgezeichneten Weg weiter verfolgen, für die Erhaltung der Volksrechte selbst das Äußerste wagen. Mit offenem Auge, das Gewehr zum Schuß bereit, ging sie mit der Opposition, bekämpfte mit ihr die Regierung, von der es in punkto Volksrechte nichts zu erhoffen gab. Zwischen einer im Lande mißliebig gewordenen Regierung und einer nicht viel mehr geliebten Koalition bildete die erst in letzter Zeit wieder ihre Kraft offenbarende Sozialdemokratie das Zünglein an der Waage, die Arbeiterschaft war zum entscheidenden Machtfaktor geworden. Und jetzt, nachdem die neuen heftigen Kämpfe begonnen hatten, versteigt sich die neue Koalition zu einer Resolution, in welcher wohl die Wahlrechtsfrage erwähnt, die Notwendigkeit derselben betont, die jedoch dadurch bedeutend an Wert verliert, daß in allererster Reihe die Köpfe Lukacs und Tiszas gefordert und Genugthuung für die begangenen Sünden der Regierung verlangt wird.

Wenn auch die offiziellen Parteiorgane der Sozialdemokratie die Resolution ohne jedwede Kritik gutheissen, in den Kreisen der Arbeiter und bei den kompetentesten Faktoren der Partei hat diese Resolution den alten Verdacht gegen die Koalition bestärkt, und mit doppelter Aufmerksamkeit verfolgt nun die Sozialdemokratie jede Bewegung der Koalition, stehend auf ihrer Macht, bereit, für die Erhaltung der Volksrechte mit der Koalition bis zum Äußersten zu gehen, aber auch nicht zögernd, im Nothfalle die falschen Bundesgenossen abzuschütteln.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Differenzen bei der Wurstfabrik Heine & Co. beilegt. Zwischen der Wurst- und Fleischkonzernefabrik Heine & Co., Spezialfabrik für Halberstädter Würstchen, und dem Zentralverband der Fleischer ist es nun zum Abschluß eines Tarifvertrages gekommen. Die von der Organisation geforderten Mindestlöhne sind anerkannt, desgleichen eine sofortige Lohnzulage von 1,50 Mk. pro Woche für Gesellen und Hilfsarbeiter und 75 Pf. für Jugendliche und Arbeiterinnen. Die Arbeitszeit soll bis zur Überfischung in die neue Fabrik die gleiche bleiben, im neuen Betriebe darf sie nicht über zehn Stunden täglich betragen. Erreicht wurde ferner noch für alle Beschäftigten, die zwei Jahre im Betriebe tätig sind, eine Woche Ferien unter Fortzahlung des Lohnes, sowie die Anerkennung des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches. Auch soll der Arbeitsnachweis des Verbandes bei Bedarf von Arbeitskräften benutzt werden. Der Tarif gilt auf zwei Jahre. Der Erfolg für die Arbeiter ist um so höher zu bewerten, weil die Firma Heine & Co. die größte und leistungsfähigste Wurstfabrik in Deutschland ist und als Spezialfabrik für Halberstädter Würstchen einen Weltreputation besitzt. Zurzeit beschäftigt die Firma 450 Personen, ohne kaufmännisches Personal. Da die Firma aber gegenwärtig eine neue Fabrik einrichtet, so dürften nach der Inbetriebnahme derselben noch einige hundert Personen mehr beschäftigt werden. — Der Zentralverband der Fleischer kann mit dem Erfolg vollkommen zufrieden sein.

Ausperrung in der Göppinger Textilindustrie. Bei der Firma W. Böh & Söhne hatten vor einiger Zeit circa 30 Kollertinnen und Spulertinnen Lohnforderungen gestellt. Ihr sechshöcker Tageslohn bewegte sich zwischen 2,50 und 2,80 Mk. Obwohl ihre Forderungen sehr minimal waren, lehnte sie die Firma ab, weshalb die Arbeiterinnen die Arbeit einstellten. Die Firma versuchte nun, alle organisierten Arbeiter

hij gelangen werde, als er seinen Arm leicht berührt fühlte. „Der Kapitän möchte sie sprechen, Sir!“ hörte er, und sah beim Umblicken einen Schwarzen, der, als wollte er ihm den Weg zeigen, nach der Treppe zum Salon voranging. Mit einer Verwunderung folgte ihm Reichardt, wurde aber bald von dem wartenden Kapitän leicht unter den Arm gefaßt. „Rechnen Sie Ihr Frühstück mit uns,“ sagte dieser einfach, „ich denke, Sie werden doch nicht an das Leben dort unten gewöhnt sein!“ Reichardt fühlte, daß er rot ward, er erkannte die Freundlichkeit des Mannes, dennoch war das Anerbieten eine Art Invidia, gegen das sich sein ganzer Stolz sträubte, und er hätte es wohl zurückgewiesen, wenn er nur diesem wohlwollenden Gesichte gegenüber schnell die rechte Weise dazu hätte finden können, wenn nur nicht zugleich der Duft des aufgetragenen Kaffees seine Nase berührte und eine unwiderstehliche Sehnsucht nach der gewohnten Labung in ihm erweckte hätte.

Wenn man einmal auf den Grund gefahren ist, nimmt man jede helfende Hand an,“ sagte der Kapitän, der Reichardts Zögern bemerkte zu haben schien, „So lange Sie an Bord bleiben, sind Sie mit uns Gatt bei Tisch willkommen, und damit wollen wir alle Redensarten beiseite lassen.“

Reichardt sah sich am Ende einer langen vollbesetzten Tafel, deren oberes Ende von einer Anzahl junger Damen in eleganter Morgenkleidung eingenommen war; ohne sich indessen mit der Gesellschaft zu beschäftigen, unter welcher er das Gefühl, nur geduldet zu sein, trotz der Freundlichkeit der ihm gewordenen Einladung, nicht noch sich streifen konnte, wandte er seine ganze Aufmerksamkeit dem reichlichen Mahle zu, und entfernte sich dann, um seinen früheren Platz am Capabel des Schiffes wieder einzunehmen.

Eine Weile vertrieb ihm hier wohl die wechselnde Umgebung die Zeit, bald aber fühlte er die höher steigende Sonne an sich brennen, daß er genötigt war, Schatten zu suchen; er wandte sich nach der Höhe, der ihm zum Nachlager gedient — was ihm aber hier die Sonne nicht mehr anheben konnte, das erstiegen die Ofen und Kessel der Maschine, die stärkere Feuerung als während der Nacht erzielte, verflücht, die beiden riesigen Räder, welche, entblößt bis zum Grottel, die Ofen speisten, glänzten im anbrechenden Morgenlichte bereits wie mit Öl überglänzt; die Dampfmaschinen hatten sich an der schattigen Seite dicht an den Schiffstrand gelagert, und der Lärm, welchen der Lauf des Bootes hervorrief, führte dem Drüllern, kaum daß er sich an seinen Körper niederschlug, eine Ausdehnung zu, welche er in Verbindung mit der Hitze nicht glänzte ertragen zu können. Er versuchte es wieder mit dem Nebel im Innern der Ofen, sah aber

die Unmöglichkeit desselben ein und war froh, als er nach emsigem Umherpähen unter der Treppe zum Salon auf einigen Gepäckstücken einen geschützten, noch unbesetzten Platz fand. Hier verging ihm der Morgen im halben Schlummer, und als die Mittagsglocke ertönte, presste er sich glücklich, die Einladung des Kapitáns nicht abgelehnt zu haben.

An der Tafel glänzte der Damenflor in neuer Toilette. Bekanntschaften schienen gemacht worden zu sein, und die Unterhaltung pflanzte sich lebhaft auf beiden Seiten des Tisches fort; manches blühende Auge, das einen Blick nach den untern Reihen der Passagiere sandte, blieb an dem jungen Deutschen hängen, der, angeregt von der eleganten Zwanglosigkeit und dem leichteren Tone um sich her, mit brüderlichem Umhagen an sein Schicksal während des kommenden Nachmittags zu denken begann. Er verzögerte die Mahlzeit, bis der größte Teil der Reisenden sich erhoben, dann machte er sich fertig, um wieder unter seine Treppe zu kriechen. Verwundert sah der hinaustretende indessen, wie sonderbar sich das Wetter während der letzten Stunde geändert hatte. Eine Art Dunst verhüllte den Himmel, soweit er sich zwischen den bergigen Ufern zeigte; die Luft war wohl schwül und drückend, aber der dicke Schleier hatte völlig die Macht der Sonnenstrahlen gebrochen und ermöglichte den Aufenthalt im Freien. Leidlicher, als Reichardt gefürchtet, verging ihm der Nachmittag. Gegen Abend hatte der Nebel immer dichter zwischen den Ufern zusammenziehende Nebel die heiße Luft völlig abgefühlt; mit einer noch angenehmeren Überraschung sah der junge Mann an einem der Landungsplätze die große Menge der Passagiere das Boot verlassen, und leichteren Herzens wandte er sich jetzt nach dem Maschinenraum, um beizeiten einen passenden Platz zum Schlafen für sich zu suchen. Dort fanden zwei der schwarzen Arbeiter in Betrachtung seines deutschen Violinfaltens, und das freundliche Grinsen, mit welchem der Herantretende empfangen wurde, erinnerte diesen lebhaft an Bob. „Sie spielen das Instrument Sir?“ fragte der eine mit der angenehmen Verlegenheit, welche den „guten Ton“ unter den Schwarzen bildet und um Entschuldigung über die Äußerung zu bitten scheint.

Reichardt bejahte und stellte bei den neuen kritischen Blicken, welche den Rasten von allen Seiten trafen, seine Beobachtung über die durchgehende, eigentümliche Liebe der Keger zur Musik und besonders zur Violine an.

„Ist keine Schale von einer amerikanischen Fiedel,“ bemerkte der zweite sachkundig, „muß ein feines Instrument sein.“

Reichardt öffnete den Deckel und nahm die Violine heraus.

(Fortsetzung folgt.)

auf die Straße zu werfen. Sie stellte an die Arbeiter das Ansuchen, einen Keuers zu unterschreiben, in dem sie erklärten, nicht Mitglied des Textilarbeiterverbandes zu sein. Dies lehnten die Arbeiter jedoch ab. Jetzt kündigt die Bezirksgruppe Göttingen des Verbandes jüdischer Textilarbeiter die Aussperrung aller im deutschen Textilarbeiterverband organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen an. Man denke, wegen einer winzigen Lohnhöhung von circa 30 Arbeiterinnen sollen Tausende auf die Straße gesetzt, arbeitslos und brotlos gemacht werden! An die Textilarbeiter und Arbeiterinnen ergeht hiermit die Aufforderung, Göttingen zu meiden.

Papierarbeiterstreik. Die Arbeiter und Arbeiterinnen einschließlich der Papiermaschinenführer der Zilligischen Papierfabrik in Nieder-Ramstadt bei Darmstadt stehen seit Wochen im Streik, um eine Lohnverbesserung zu erlangen. Die Bezahlung der Arbeiter ist eine äußerst mangelhafte. So erhalten die Arbeiter 29 Pfg. und die Arbeiterinnen 15 Pfg. pro Stunde. Höhere Löhne zu fordern, zumal bei der jetzigen Teuerung, wird außer der Direktion der Fabrik wohl jeder für berechtigt halten. Die Fabrikwohnungen sind nicht die besten. Schon im vorigen Jahre sind sie von der Wohnungsinspektion als gänzlich mangelhaft und ungesund bezeichnet worden. Weder Wasserleitung, noch Wasserausguß befinden sich im Hause, und der Abort steht im Garten. Vor Zugang von Papierarbeitern, Maschinenführern usw. wird gewarnt.

Kleine Nachrichten aus der Arbeiter-Internationale.

Australien. Der australische Gewerkschaftsverband bereitet die Schaffung einer Gewerkschaftsschule vor. — Kürzlich wurde den ungelerten Arbeitern der Eisenwerkstätten in Melbourne durch das Lohnamt ein Tagelohn von 9 Mark zugesprochen. Sofort haben sich die Unternehmer zum Zwecke der Bekämpfung der Lohnämter und des Massenimports billiger Arbeiter aus dem Auslande organisiert, wie die Arbeiterpresse aus Geheimzirkularen feststellt. Die Bundesregierung (Arbeiterpartei) schlägt in einem Gesetzentwurf vor, bei der Geburt eines jeden Kindes der Mutter 100 Mark aus Staatsmitteln zu zahlen. — Der Unternehmerverband im Buchdruckgewerbe beschloß, Nichtmitgliedern die Papierlieferung abzuschneiden. Eine typische Einrichtung dieser Organisation besteht darin, daß Mitglieder ihre für öffentliche oder andere größere Arbeiten gemachten Offerten deponieren, wonach alle anderen Mitglieder gezwungen sind, mindestens 5 % mehr zu fordern, wenn sie sich ebenfalls an der Ausschreibung beteiligen wollen. — Eine von den Unternehmern mit vielen Geldopfern unterstützte „Gewerkschaft der freien Arbeiter“, die den Streik verurteilt, kommt doch trotz aller Mühen nicht vorwärts. Nur einige Hundert gewerksmäßiger Vagabunden gehören ihr an. —

Dänemark. Der Einfluß der Gewerkschaften auf die Arbeitszeitverkürzung ist treffend durch folgende Aufstellung, entnommen der Statistik des Gewerkschaftsverbandes, illustriert. Danach betrug die Arbeitszeit der Mitglieder

Pro Tag	Arbeiter in %	Arbeiter in %
Weniger als 8 Stunden	0,26	0,31
8 Stunden	5,093	6,189
8½ „	9,43	1,953
9 „	14,034	21,267
9½ „	20,272	31,865
10 „	48,419	36,476
Mehr wie 12 Stunden	7,932	2,908

Insgesamt 96 931 100,00 100 976 100,00

England. Der Allgemeine Arbeiterinnenverband, der vor sechs Jahren zur Organisation jener Arbeiterinnen gegründet wurde, für welche noch keine Gewerkschaften bestehen, zählt jetzt 12 000 Mitglieder. Der auf Grund des Versicherungsgesetzes gegründeten und staatlich anerkannten Versicherungssektion gehören dagegen schon 22 000 Arbeiterinnen an. Besonderen Wert legt der Bericht des Verbandes auf die mit Hilfe der Lohnämter erzielten Erfolge. — Die Gewerkschaft der Maschinenbauer gewann im Juli 7063 neue Mitglieder, darunter 4749 Lehrlinge, die an den vielen Streiks gegen Abzüge für die staatliche Versicherung beteiligt waren. Die Gesamtmitgliederszahl beträgt 134 267. Davon waren 2,75 % arbeitslos, 2533 auf der Krankenliste und 6099 bezogen Altersrente. — Der Verband der Kesselschmiede veranstaltet eine Urabstimmung darüber, ob für die Abschaffung der Astordarbeit und Erhöhung der Stundenlöhne in eine Streikbewegung eingetreten werden soll. — Der Text eines am 2. August im Parlament eingebrachten Gesetzentwurfs über die Gewerkschaften wird soeben veröffentlicht. Danach sollen die Gewerkschaften für alle schädlichen, mit ihrer Sanktion geschehenen Akte verantwortlich gemacht werden, doch sollen besondere Unterstützungsfonds nicht angegriffen werden können. Aufforderung zum Kontraktbruch, wenn es sich nicht um Streikbrecher, die an Stelle Ausständiger eingestuft wurden, handelt, soll bestraft werden. Trotz aller Bemühungen der Unternehmer wird die Vorlage jedoch kaum Gesetz werden. — Eine Konferenz der Textilarbeiter mit dem Unternehmerverbande erhöhte die Löhne für Ringspinner um 10 %. — Auf die Einlabung des englischen Bruderverbandes bereisen 43 Delegierte des belgischen Postunterbeamtenverbandes England, um die dortigen Feist- und gewerkschaftlichen Einrichtungen kennen zu lernen. Nach einem Gewerkschaftsfortschrittsbeschlusse müssen alle in den Gewerkschaftsbureaus Angestellten dem Bureauangestelltenverbande angehören und einen Minimallohn von 35 Mark wöchentlich erhalten. Auf Grund dieses Beschlusses traten 40 aushilfsweise in der durch das Versicherungsgesetz bedingten Versicherungsabteilung der Eisenbahner Angestellte in eine Lohnbewegung ein, da ihnen nur 30 Mark gezahlt wurden. — Eine Urabstimmung darüber, ob die Bergarbeiterföderation in Südwales sich zu einer zentralisierten Union umwandeln soll, ergab 47 688 für und 37 488 Stimmen gegen den Vorschlag.

Italien. Die der gewerkschaftlichen Landeszentrale angehörenden Gewerkschaften zählten Mitglieder 1907: 197 422, 1908: 262 007, 1909: 302 952, 1910: 356 420 und Ende 1911: 384 446. Die „katholischen“ Gewerkschaften wählten in 374 angehörenden Gruppen 104 614, die syndikalistischen 50 000 Mitglieder haben. Die Mehrzahl aller organisierten Arbeiter sind Landarbeiter, deren Ende 1911: 445 700 in 2724 Gewerkschaften, gegen 390 800 im Vorjahre, organisiert waren.

Süd-Afrika. Ein neues Einwanderungsgesetz verlangt von Einwanderern, daß sie nach Diktat 50 Worte in der eigenen Sprache schreiben können, körperlich und geistig gesund und nicht wegen Gewalttätigkeiten, Diebstahls usw. bestraft sind. Auch müssen sie „die erforderlichen Mittel zum eigenen Unterhalt“ nachweisen können.

Bereinigte Staaten. Nachdem die Bergarbeiter beschlossen haben, daß kein Mitglied zugleich der Civic Federation angehören darf, werden sich demnächst auch die Brauereiarbeiter und Zigarrenmacher auf ihren demnächstigen Kongressen mit gleichen Anträgen beschäftigen. — Die Fensterglasmacher schlossen einen neuen Tarifvertrag mit 20 Prozent Lohnhöhung ab, der alle größeren Werke des Landes einschließt. — Vom 1. September ab sind alle Postämter Sonntags geschlossen. Nur teure Extraforderungen werden ausgenommen. Inhaber von Postkästern können diese ent-

leeren, doch wird die Sonntagspost in diese nicht einsortiert. Dadurch ist die Sonntagsruhe für die Poststationen fast vollständig durchgeführt. — Die Straßenbahner in Chicago, die in einer Lohnbewegung stehen, lehnten die Vorschläge der Gesellschaften ab. Danach sollte der Lohn betragen im ersten Jahre 900 Dollar (bisher 864), im 2. Jahre 990 (936), im dritten Jahre 1014 (972) bis 1116 (1080) Dollar im 6. Jahre. Der in Indianapolis tagende Verbandstag der Herrenschneider beschloß im Prinzip die Einführung zentraler Unterstützungseinrichtungen. Der Verband zählt über 60 000 Mitglieder. — Der große, erst kürzlich durch Eingreifen des Parlaments erfolgreich beendete Streik der unorganisierten Textilarbeiter in Massachusetts wird durch sensationelle Enthüllungen wieder aufgerollt. Mehrere Fabrikanten wurden unter der Anklage verhaftet, Dynamitattentate zur Diskreditierung der Streikenden veranlaßt zu haben. Der Hauptbeschuldigte hat sich erschossen. Ein anderer wurde, nachdem er gestanden, zu — 500 Dollar Geldstrafe verurteilt. — Bei der diesjährigen Präsidentschaftswahl werden auf 1 158 000 Frauen in sechs Staaten das Wahlrecht ausüben können.

Finland. In den ersten acht Monaten dieses Jahres war die Zahl der Arbeitseinstellungen 36 mit 37 beteiligten Unternehmern und 2081 Arbeitern. Davon wurden 14 durch Vergleich, 15 ohne, und 7 mit vollem Erfolge für die Arbeiter beendet. — Die Mitgliederzahl der Vereinigten Gewerkschaften stieg im letzten Jahre von 16 300 auf 19 640, darunter die Hafenarbeiter mit 2533, die Holzarbeiter mit 2246, die Fabrikarbeiter mit 2075 Mitgliedern.

Der Tod als Geschäftstrick.

Aus Budapest wird der „Wiener Arbeiter-Zeitung“ gemeldet: Der Todesprung des Bürgerschülers Kovalik, der dieser Tage vom linken Turm der Franz-Josefs-Brücke in die Donau sprang, hat Aufregung und Entsetzen hervorgerufen. Der allgemeine Unwille richtet sich gegen die Kinetographengesellschaft, die „Gaumont“-Gesellschaft, die den sechzehnjährigen Burschen für ein Honorar von 250 Kronen zu diesem Sprung gedungen hat. Die Leiter, zwei Herren namens Aler und Caluffi, sind ganz geriebene Macher, die sehr gut wissen, was auf die Sensationslust wirkt. Deswegen sollte der Junge nicht bloß so einfach in die Donau springen, sondern er sollte auch Aufsehen erregen, Ansammlungen hervorrufen, die Feuerwehr sollte erscheinen, kurz, der Film sollte alle Einzelheiten eines „Lebensbildes“, wahrhaftig „Die Jagd nach dem Wahnsinnigen“ betitelt, aufnehmen. Eine Bewilligung der Polizei, die durch ihre Assistenten vor Monaten bei einem Sportwahnfinn den Tod eines andern jungen Menschen mit verschuldet hat, war diesmal denn doch nicht zu erwarten. Es wurde also ein Operationsplan beschloffen. Kovalik sollte seinen Sprung von einer möglichst unzugänglichen Stelle der Brücke ausführen und so lange warten, bis das Anrücken der Feuerwehr und die Intervention der Polizei dem Straßenbild Leben verleisten.

Um vier Uhr nachmittags wurde Kovalik mit einem Fiaker abgeholt, in dem auch die zur Aufnahme notwendigen Utensilien untergebracht wurden. Einige Minuten vor 4½ Uhr nachmittags hielt der Wagen beim Pester Kopf der Franz-Josefs-Brücke und Kovalik eilte auf dem nördlichen Fußsteig bis zum höchsten Pfeiler der Brücke. Der Photograph, der seine Maschine inzwischen auf dem Kai bereitgestellt hatte, winkte ihm aber, daß die Beleuchtung nicht entsprechend sei, und rief ihn zurück. Wie Zeugen ausjagen, wollte Kovalik anfangs nur vom Fußsteig der Brücke ins Wasser springen; die Photographen der Gesellschaft redeten ihm jedoch zu, den Sprung von der höchsten Spitze des Pfeilers zu wagen. Der junge Mann kam nun bis zum Mauthausen, sprang aber dort rasch entschlossen auf die emporende Kante der Brücke und ließ in großen Schritten bis zu dem Pfeiler hinan. Oben angekommen, kletterte er behend auf die turmartige Spitze und machte es sich auf dem oben angebrachten mächtigen „Luxusbogel“ bequem. Einige hundert Zuschauer, die das Magedüchchen vom Ufer aus verfolgten, machten den in der Nähe postierten Polizisten aufmerksam und ein zufällig anwesender Polizeikommissar wendete sich telephonisch an die Feuerwehrentrale und an die Freiwilligen Kette, die den maghäßigen Burschen von seinem hohen Sitz entfernen sollten.

Der Bursche hatte sich inzwischen, auf dem breiten Flügel des „Luxus“ sitzend, entkleidet und warf seine Kleider auf den Fahrweg der Brücke. Dann schrieb er einige Zettel, auf welchen „Grüß aus der Höhe“, „Eine schöne Empfehlung von der Schwelle des Ruhmes!“ zu lesen waren; diese Zettel warf er unter die auf der Brücke in dichten Massen versammelten Neugierigen. Vom Ufer aus konnte man sehen, daß der maghäßige Junge seinen Körper mit Del bestrich; dann trank er aus einem Flaschchen eine Flüssigkeit, vermutlich Schnaps, und richtete sich endlich auf dem breiten Flügel auf.

Die Feuerwehr war inzwischen gekommen. Aber die Schiebeteiler erwiesen sich als zu kurz und man konnte nur mit schwerer Mühe an den Jungen heran. Im entscheidenden Augenblick, ehe man ihn greifen konnte, fiess er ab und sprang kopfüber in den Strom. Er war glatt abgekommen, aber nach etwa fünfzehn Metern überschlug sich sein Körper dreimal in der Luft und schlug schließlich mit dem Rücken auf die Oberfläche des Wassers auf. Schnell ging er unter, und obwohl aus mehreren Röhren mit Stangenhasen das Wasser abgeseugt wurde, konnte die Leiche nicht gefunden werden. Das Publikum, das sich angesammelt hatte, war vor Entsetzen wie gelähmt. Man glaubte anfangs, es mit einem Wahnsinnigen zu tun zu haben. Es war allerdings Wahnsinn, der verbrecherische Wahnsinn stupeloser Geschäftsleute, die einen jungen Menschen in den Tod gejagt haben. Die Angestellten der Kinetographenfirma leisteten Unglaubliches an kaltblütiger Frechheit. Als ein Polizist die „Scene“ beanstandete, erklärte ihm ein Beamter, die Veranstaltung sei von der Polizei erlaubt. Der „Operateur“ wiederum tat so, als ob er nur zufällig anwesend wäre und einfach ein bewegtes Straßenbild aufnehmen. Er trieb die Frechheit so weit, selber das Einschreiten der Feuerwehr zu verlangen; in Wirklichkeit war alles abgefarrt, die Feuerwehr sollte nur das Bild „lebendiger“ machen.

Der verunglückte Kovalik, den eigener Uebermut und Stuppellosigkeit dritter Personen, eben der Kinetographengesellschaft, in den Tod trieben, war erst 16 Jahre alt. Die schuldtragenden Beamten der Gesellschaft waren freilich in Untersuchungshaft, sind aber schon freigelassen. Ob der Tod seine Sühne finden wird, steht noch dahin.

Aus Nah und Fern.

Verhaftung einer Hochstaplerin. In Berlin tauchte vor etwa drei Wochen in einem erstklassigen Hotel eine elegant gekleidete und distinktiert aussehende Dame auf. Sie gab an, längere Zeit wohnen zu wollen und bezeichnete sich als Gattin eines russischen Gouverneurs. In den nächsten Tagen konsultierte sie einen der ersten Berliner Frauenärzte. Sie wurde darauf in ein Sanatorium gebracht und hier einer eingehenden Untersuchung unterzogen. Am nächsten Tage hedelte sie wieder in das Hotel über und ließ sich eine Krankenpflegerin kommen, die bei ihr im Hotel Wohnung nahm. Im Verlaufe der folgenden Woche machte sie in einem gemieteten eleganten Privatauto Besorgungen

in der Stadt, wobei sie nur die ersten Firmen mit ihren Besuchen beehrte und große Posten der kostbarsten Sachen auf Kredit kaufte. So hat sie ein Trauermagazin um 800, eines der bekanntesten Berliner Konfektionshäuser um 1700 M. d. d. schädigen versucht. Die Sachen bestellte sie zur Ablieferung in ihr Hotel. Natürlich erkundigten sich die Firmen dort erst über die neue Kundin, bekamen aber stets die beste Auskunft. Trotdem sah sich die Kriminalpolizei, die auf die vornehme Fremde aufmerksam wurde, veranlaßt, sie sich etwas näher anzusehen und lieferte trotz der guten Auskünfte, die sie im Hotel über die Dame erhielt, deren Inognito. Zur allgemeinen Überraschung stellte es sich heraus, daß man es mit einer geriebenen Hochstaplerin zu tun hatte. Die angebliche Gouvernesträuberin ist eine Krankenpflegerin, Tochter sehr achtbarer und gut sitzierter Eltern. Sie hat vor einiger Zeit den russischen Gouverneur, unter dessen Namen sie jetzt sesshaft in Berlin kennen gelernt und mit ihm eine längere Bergnügungsreise durch Deutschland gemacht, wobei sie ersterer Klasse fuhren und in den teuersten Hotels abstiegen. Als der Gouverneur sich von ihr trennte, hatte sie ein solches Wohlgefallen an dem luxuriösen Leben gefunden, daß sie beschloß, dieses in der Rolle der Gattin jenes russischen Offiziers fortzusetzen. Die Mittel hierzu wollte sie offenbar durch den Verkauf der erschwundenen Ware erwerben. Und die auffallende Tatsache, daß sie ihre Hotelrechnungen fleißig pünktlich bezahlte, fand eine überraschende Aufklärung. Sie hatte sich nämlich von der von ihr gemieteten Krankenpflegerin unter dem Vorgeben, daß sie nur russisches Geld besäße, 800 Mark geliehen und hiermit ihre Unkosten im Hotel bestritten. Die Schwindlerin wird dem Untersuchungsrichter vorgeführt werden.

Stuttart. Der 34-jährige Automobilreifen-Fabrikant Hermann Heintze aus Hamburg geriet in einem Restaurant an der Ecke der Landhausstraße und Berliner Straße in Wilmerdorf mit dem 33-jährigen Architekten Waldemar Geyer in Streit, der aber schließlich durch den Wirt und Gäste geschlichtet wurde, worauf Geyer sich entfernte, jedoch mit seiner Frau auf der Straße stehen blieb und den Heintze erwartete. Als dieser nach kurzer Zeit aus dem Restaurant heraustrat, kam es erneut zu einem scharfen Wortwechsel, der aber durch beiderseitige Freunde bald beigelegt wurde. Beide Männer standen noch fast eine Stunde an scheinend friedlicher Unterhaltung beieinander. Beim Abschiednehmen zog der Architekt plötzlich einen Revolver aus der Tasche und gab fünf Schüsse auf Heintze ab. All fünf Schüsse trafen die Brust des Heintze und dieser stürzt tot zu Boden. Der Täter wurde sofort verhaftet. Der Fall wird dadurch noch tragischer, daß Heintze gestern zu Beerdigung seines Vaters nach Hamburg fahren wollte.

Raubmord. In Schöneberg wurde der Rentier Fuchs von dem 20-jährigen Handlungsgehilfen Petrus Jemski ermordet. Letzterer hatte bei dem Rentier gelernt. Sonnabend abend spät erschien der Lehrling in der Wohnung seines früheren Lehrherrn und wurde scheinend von diesem bemittelt. Gegen 11 Uhr erschollen plötzlich Hilferufe aus der Wohnung des alten Herrn. Nachbarinnen hörten durch die dünne Wand Lärm und Gepolter. Sie vernahmten unter anderem die Worte: „Lassen Sie mich alter Mann in Ruhe, ich habe nichts als mein Leben.“ Dann vernahmten sie schweres Röcheln. Sie requirierten sofort die Polizei. Dieselbe fand Fuchs tot auf den Fußboden liegen. Er war um 125 Mk. beraubt worden. Der Täter konnte noch in der Wohnung seines Opfers festgenommen werden.

Oberbürgermeister a. D. Kirchner ist Sonnabend verstorben. Die Nachricht kommt überraschend. Allgemein hatte man angenommen, daß dem sympathischen, eben in den Ruhestand getretenen Herrn noch ein langer Lebensabend beschieden sein würde. Der Verstorbene war stets bemüht, als Oberbürgermeister von Berlin uns gerecht zu werden. Er erkannte bei den verschiedensten Gelegenheiten die nützliche Tätigkeit unserer Genossen an, und war tief erschüttert, als Genosse Singer starb. Er ließ es sich nicht nehmen, an der Beerdigung Singers persönlich teilzunehmen. Die rege Tätigkeit unserer Genossen im Berliner Rathaus ist auf den früheren Oberbürgermeister nicht ohne nachhaltige Wirkung geblieben. Kaum aus dem Amte geschieden, hatte sich Kirchner vorgenommen, seine Muße zum Studium der Sozialdemokratie zu verwenden. In den ersten Tagen des Juli begab sich Kirchner zunächst nach Waldwungen und bereits am 8. Juli schrieb Kirchner an den Gen. Heimann, den Vorsitzenden unserer Stadtverordnetenfraktion folgenden Brief:

Bad Wüdingen, den 8. Juli 1912.

Hochverehrter Herr!

Ich habe seit länger als 40 Jahren die Entwicklung der Sozialdemokratie mit dem lebhaftesten Interesse verfolgt. Leider habe ich dazu infolge meiner beruflichen und amtlichen Arbeiten regelmäßig nur wenig Zeit verwenden können. Es fehlt mir deshalb an einer eingehenderen Kenntnis der Materie. Diesen Mangel meiner Bildung möchte ich jetzt, in meinem Ruhestand, beseitigen. Sie würde Ihnen sehr dankbar sein, wenn Sie mir dabei behilflich sein wollten, indem Sie mir die geeignete Literatur nachweisen oder zugänglich machen wollten. Es kommt mir namentlich darauf an, einen Überblick über die geschichtliche Entwicklung der Sozialdemokratie, insbesondere an der Hand der offiziellen Parteibeschlüsse und anderer Parteifundgebungen zu gewinnen und mich über die gegenwärtig in der Partei vorhandenen verschiedenen Strömungen und einflussreichen Persönlichkeiten zu informieren.

Ich bin hierher gereist, um mich dem hiesigen Arbeiter mit im vergangenen Jahre behandelt hat, wieder vorzustellen. Das Ergebnis seiner Untersuchung war ein günstiges, daß er eine weitere Kur nicht für erforderlich hält. Ich werde mich daher schon am 14. ds. Mts. nach meinem Landhause in Ehrwald in Tirol begeben, wo ich mich etwa 8 Wochen aufhalten und meine Studien beginnen will. Dorthin möchte ich mir Ihren Bescheid erbitten.

Mit vorzüglicher Hochachtung ganz ergebent

gez. Dr. Kirchner.

Der Brief zeigt, daß Kirchner, trotz seiner 69 Jahre, geistig sehr rege war und das nachholen wollte, was er früh infolge seiner umfassenden Arbeitstätigkeit veräumt hat. Dasehrt Herrn Kirchner und beweist, daß der Verstorbene bemüht war, sich auf allen Gebieten ein eigenes Bild zu bilden.

Die Arbeiter waren selbst schuld! Mit dieser Behauptung ist die bürgerliche Presse stets prompt beschäftigt, wenn es gilt, nach einer Schlagwetterexplosion irgendjemandem andern Unglück, das Menschenleben gefordert hat, die Grubenkapitalisten reinzuwaschen. So auch wieder bei dem von uns bereits gemeldeten Unglück auf dem Bergwerk in Oberschlesien. Es wird darauf hingewiesen, daß die Arbeiter in dem fraglichen Schacht nicht suchen hätten. Dazu wird der Breslauer „Volkswart“ nachschreibendiger Seite geschrieben: „Der Gaskanal, in das furchtbare Unglück passiert ist, gehört zur Arbeit des verunglückten Meisters Waballa. Offenbar hat er

Die drei andern Verunglückten zu der Arbeit in den Kanal geschickt und ist selbst mitgegangen, um nachzusehen, wie es dort eigentlich aussieht. Daß hierzu überhaupt niemand einen Auftrag zu erteilen hatte, das verschweigt man, um es so darzustellen, als ob eine Fahrlässigkeit der Verunglückten vorliege. Gegen diese Unterstellung kann nicht scharf genug protestiert werden. Wir hätten nur sehen wollen, was passiert wäre, wenn der Meister Wadulla mit seinen Leuten nicht in den Kanal gegangen wäre und andere Leute dieses Unglück betroffen hätte. Dann hätte man mit Recht eingewendet, daß Wadulla seine Pflicht nicht erfüllt habe. Da er diese getan, erhält er nach seinem Tode diesen Gerechtigkeit. Da vom Gericht sofort eine energische Untersuchung eingeleitet ist, so ist abzuwarten, daß die wahre Ursache dieses Unglücks festgestellt wird. — Die vier Verunglückten sind also einfach ein Opfer ihrer Pflicht geworden. Selbstverständlich wird die bürgerliche Presse auch diese Darstellung einfach tadellos annehmen. Das ist ja die bequemste Methode, sich um die Feststellung unbequemer Tatsachen herumzudrücken. Das der Verleumdungsstempel gegen die Bergarbeiter leicht weitergeführt wird, beweist ein Bericht der „Köln. Zeitung“ über die Schlagwetterexplosion auf der Zeche Westende bei Duisburg. Es heißt da: Die Ursache des Unglücks hat bisher noch nicht einmündig festgestellt werden können. Die Vertreter der Bergbehörde sind heute eingetroffen. Die Vermutung spricht dafür, daß die Schlagwetter plötzlich aufgetreten sind. Durch Schließen kann die Entzündung nicht herbeigeführt worden sein, da schon vier Stunden vorher geschossen worden war. Festgestellt ist dagegen, daß einer der fünf vor Ort liegenden Arbeiter die Explosion verschuldet haben muß, da der Gaskörper der Grubenlampe durchgebrannt war. Bei einiger Aufmerksamkeit hätten die Arbeiter die Schlagwetter bemerken müssen. — Also: Zwar ist die Ursache noch nicht bekannt, aber festgestellt ist, daß einer der Arbeiter die Explosion verschuldet haben muß.“ Selbst auf eine Bergewaltungung der Logik kommt es diesem Goldschreiber des Unternehmertums nicht an. Der Kapitalist muß herausgehauen werden, und da heiligt eben der Zweck auch das schäblichste Mittel.

Wegen des Wortes „Fui“ eine elfköpfige Familie ausgewiesen! Die Folgen des Ruhrbergarbeiterstreiks sind mannigfaltig gewesen. Das, was in der Behandlung der Streitenden unmöglich erschien, wurde zur Möglichkeit. Auch folgende Fälle gehört zu denen, die allgemein Erregung unter solchen Menschen hervorgerufen müssen, die sich noch einen Funken von Gerechtigkeitsempfindung bewahrt haben. Während des Streiks feierte auch der österreichische Bergarbeiter Zuber aus Horstmarkt. Und da passierte wieder einmal die alte uns bekannte Geschichte. Zuber bekam Hausstreit mit dem Arbeitswilligen Satzawski. Dieser rannte zur Polizei und erstattete die Anzeige, daß die Frau Zuber „Fui“ gerufen haben soll! Die Sache wurde später selbst dem Arbeitswilligen leid; er hat den Gerichtsbescheid um eine milde Strafe, die denn auch auf 20 Mk. Geldstrafe festgelegt wurde. Aber das Schicksal reitet schnell. Die Polizei verurteilte auf Grund dieser Verurteilung die Ausweisung der ganzen Familie!!! Die Disziplinierungs- und Kultur-Dokumente lautet: „Die Ortspolizeibehörde, Horstmarkt, den 21. August 1912. Sie werden nebst Ihren Familienangehörigen und zwar Ihrer Ehefrau Maria Zuber geb. Meißner und Ihren Kindern a) Johann, geb. am 27. März 99, b) Georg, geb. am 19. März 1900, c) Cäcilia, geb. am 1. Juni 1901, d) Anton, geb. am 23. August 1902, e) Maria, geb. am 27. Nov. 1906, f) Franz, geb. am 6. Mai 1908, g) Joseph, geb. am 8. November 1909, h) Anna, geb. am 28. November 1910, hierdurch aus dem preussischen Staatsgebiet ausgewiesen und auf Grund des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1893 aufgefordert, innerhalb zwei Wochen nach Empfang dieses das preussische Staatsgebiet zu verlassen, widrigenfalls eine Geldstrafe von 30 Mk., an deren Stelle im Unvermögensfalle 5 Tage Haft treten, gegen Sie festgesetzt wird. Gleichzeitig werden Sie und Ihre Familie auf den § 361, Abs. 2 des Reichsstrafgesetzbuches aufmerksam gemacht, monach derjenige mit Haft bestraft wird, wer, nachdem er des Bundesgebietes oder des Gebietes eines Bundesstaates verwiesen ist, ohne Erlaubnis zurückkehrt. Der Amtmann: Kranefeld.“ — Wenn man so etwas liest, starrt einem doch das Blut in den Adern! Unter den größten Verletzungen ist der Mann vom Grubenkapital nach dem Ruhrgebiet geschleppt worden. Beim Streit zieht der Mann es vor, nicht zum Verräter zu werden. Eine Demagogie wegen eines geringfügigen Anlasses genügt, es folgt Verurteilung und die ganze Familie wird ausgewiesen. Mann, Frau und 6 unermündliche Kinder! Das sind erst zehn. Nun muß noch für das letzte Kind, das am 29. März 1912 geboren ist, von der Polizei aber vergessen wurde, noch eine besondere Ausweisungsurkunde verfertigt werden. Für Ehre des Christentums und des Reiches Herrlichkeit! Wahrhaftig, wir haben es herrlich weit gebracht. Gewiß, die Polizei hat das Recht, auszuweisen, und wenn sie wollte, sie hätte auch genug zu verweisen. Wir denken dabei an das Gefindel, das aus Kroatien und der weiß wägen herangeführt wird, um als Lohnbrüder oder Streikbrecher in Deutschland verwendet zu werden. Freilich, es sind das nicht Leute, die auf Lohn, Ehre und Menschenwürde sehen. Darum sind sie auch nicht so gefährlich wie die Streikenden!

Der Junfer als Schulpatron. Die Preussische Lehrerschaft erzählt die folgende Leidensgeschichte eines sommer-

ischen Landlehrers: „Ein Lehrer B. geriet in seiner Stelle in Streitigkeiten mit dem Schulpatron, dem Kammerherrn v. S., und daraus entwickelte sich nun eine Verfolgung, die schließlich in ein Disziplinarverfahren mit Amtsentsetzung auslief. Gegen das Urteil legte B. beim Staatsministerium Berufung ein mit dem Erfolg, daß statt der Amtsentsetzung ein Verweis als hinreichende Sühne festgesetzt wurde. Und auch auf diesen Verweis wurde nur wegen einer nicht gut verlaufenen Schulrevision erkannt, so daß man den Eindruck gewinnt, auch diese geringe Strafe sei nur verhängt worden, damit nicht aus der Amtsentlassung eine vollständige Freisprechung würde. Aber auch so war die Niederlage des königlichen Konjunktionsklatsch. Da heißt es von dem Kammerherrn v. S.: „Es kommen dazu die häufige Verwendung von Schülern zu Feld- und Fortarbeiten, die unzeitige Anordnung der Schulferien, die wiederholt festgestellten Eingriffe des Kammerherrn v. S. in die Schulordnung und die Schulzucht. Alles dies konnte den Stand der Schule gewiß nicht fördern. Nicht zuletzt fällt ins Gewicht, daß unter der Abneigung v. S. gegen den Lehrer dessen Autorität bei den Kindern, deren Eltern zum großen Teil in v. S. ihren Brotherrn hatten, leiden mußte, ein Umstand, der das Lehrergebnis zu beeinträchtigen geeignet war.“

Ein Leutnant beim Rettungswerk verunglückt. In Schwaberg in der Oberpfalz unternahm, wie man dem „Berl. Tagbl.“ berichtet, der Leutnant Wulnsch vom 11. Infanterie-Regiment in Passau mit einer 17jährigen jungen Dame eine Kahnfahrt, bei der der Kahn kenterte. Dem Leutnant gelang es, sich zuerst zu retten. Aber er sprang bald darauf dem jungen Mädchen nach, das im Wasser mit dem Tode rang und den Offizier mit in die Tiefe riß. Der Offizier und das Mädchen fanden den Tod im Wasser.

Zwei Kinder ertrunken. In dem Dorfe Untersteinbach bei Koburg fiel die zweijährige Tochter des Bahnbeamten Böhner beim Spielen in die hochgehende Steinach. Der sechsjährige Bruder, der das Schwestergeschick retten wollte, ist mit ihr ertrunken.

Gasexplosion. Als am Freitag wegen starken Gasgeruchs zwei Arbeiter den Saal der Stadthalle in Warmen ablichteten, erfolgte eine Explosion, durch welche der eine Arbeiter getötet und der andere schwer verletzt wurde. In dem Saal wurden große Vermühtungen angerichtet.

Zehn Millionen indischer Ehefrauen unter 16 Jahren. Die große Volkszählung, die die britische Regierung in Indien vorgenommen hat, hat die Tatsache ergeben, daß es im indischen Reiche nicht weniger als 302 000 Mädchen unter sechs Jahren gibt, die verheiratet sind: von diesen sind 17 000 Witwen, wobei nach der Sitte der Hindus die meisten dazu verurteilt sind, für ihr Leben lang Witwen zu bleiben. Nahezu 2 500 000 Mädchen zwischen sechs und zehn Jahren sind Ehefrauen, und 6 500 000 zwischen zehn und fünfzehn, sodas im ganzen nahezu 9 500 000 Mädchen unter 16 Jahren in Indien verheiratet sind.

Manöveropfer. Das diesjährige Manöver in der Bütower Gegend hat zwei Opfer gefordert. Zwei blühende Menschenleben, Soldaten des 141. Infanterie-Regiments in Thorn, fanden, wie es heißt, beim sogenannten Ausschäumen der Schützenlinien ihren Tod im Torfmoor des Gutes Petersdorf bei Bütow und sind nach mehreren Tagen als Leichen gefunden worden. Dieser traurige Vorfall zwingt die Frage auf: Ist die Abwesenheit der beiden Soldaten denn nicht bemerkt worden, und was wurde getan, um über deren Verbleib Gewißheit zu erlangen? Es ist doch höchst sonderbar, daß die beiden Unglücklichen im Moor verschwinden konnten und einen langsamen, qualvollen Tod erleiden mußten, ohne daß es jemand bemerkte.

Krieg im Frieden. Bei den Manövern des 16. Armeekorps ist Freitag bei Honrat, Kreis Merzig, auf bergigem Gelände ein Bagagewagen umgestürzt. Ein Mann wurde schwer, ein anderer leicht verletzt. Der Schwerverletzte ist im Laufe des Tages gestorben.

Gegen die Kinderausflaschen mit Rohr oder Schlauch soll sich ein Gesetzentwurf richten, der dem Bundesrat zugegangen ist. Derselbe lautet: § 1. Kinderausflaschen mit Rohr oder Schlauch sowie Teile von solchen Flaschen dürfen weder gewerbsmäßig hergestellt noch zum Verkauf vorrätig gehalten oder sonst in den Verkehr gebracht oder aus dem Ausland eingeführt werden. § 2. Wer der Vorschrift des § 1 zuwiderhandelt, wird mit Geldstrafe von 150 Mk. oder Haft bestraft.

Risiko der Arbeit. In Mannheim waren Arbeiter mit dem Transport eines Konzertflügels beschäftigt. Hierbei rutschte der 39 Jahre alte Polier Amelung auf dem glatten Boden aus. Der etwa 10 Zentner schwere Flügel fiel ihm auf den Kopf und zermalmte ihn. Der Verunglückte starb bei dem Transport nach dem Krankenhaus. **Unterlagen in der Stadtverwaltung von Nizza.** Wie aus Nizza gemeldet wird, stellte der mit der Prüfung der Gemeindeausgaben betraute Ausschuss fest, daß auch bei den unter der früheren Stadtverwaltung unternommenen Kanalisationsarbeiten große Unterschleife und Betrügereien verübt worden sind. Der Bürgermeister, ehemaliger Kriegsminister Goiran, beschloß namens der Stadt gegen die Untertreuer Strafantrag zu stellen.

Folge harter anhaltender Regengüsse herrscht im Kaukasus große Überschwemmung. Brücken sind fortgerissen worden und viele Häuser stehen unter Wasser. Zahlreiche Vieh ist ertrunken.

Erdbeben in der Türkei. Das Erdbeben in der letzten Nacht scheint dasselbe Zentrum zu haben, wie das vorhergehende. Nach den bisherigen Nachrichten sind auf der

Insel Enebos zahlreiche Häuser eingestürzt. Die Bevölkerung kampiert dort im Freien; zwei Personen wurden verletzt. In Rodosto war die Erschütterung von heftigem Donner begleitet. In Myriophitto, wo der Erdstoß ebenso heftig war, wie bei dem letzten Erdbeben, aber nicht so lange dauerte, wurde beträchtlicher Schaden angerichtet. In Ganos sind unter anderem alle Bäckereien zerstört worden.

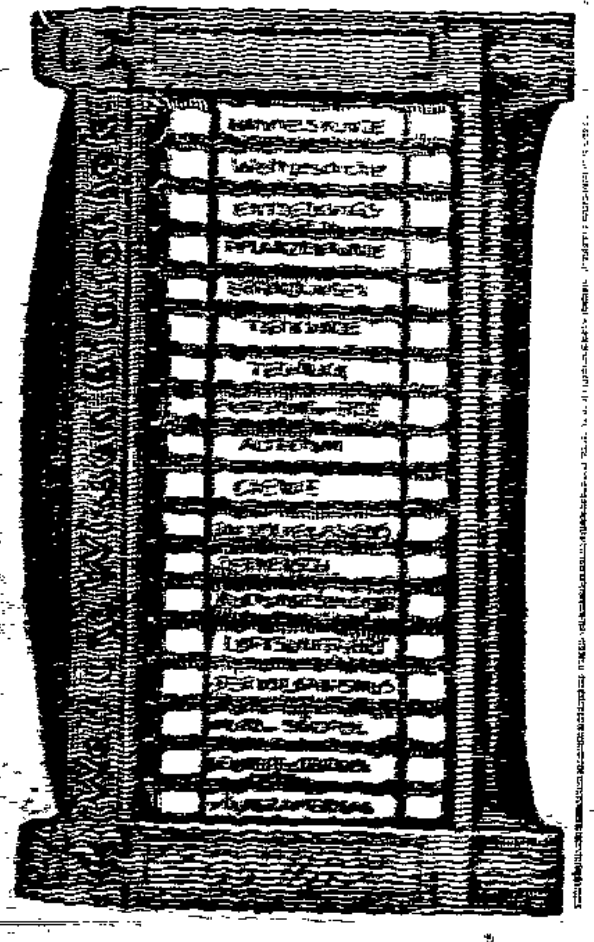
Ein heftiger Sturm hat an der Küste von Florida gewütet. Das amerikanische Kriegsschiff „Benrose“ und mehrere große Dampfer, sowie viele kleine Schiffe sind gescheitert. **Ein 11jähriger Neger-Bräutigam.** Neger gelten im allgemeinen als sehr kurzlebige; sie sollen selten ein hohes Alter erreichen. Aber die Ausnahme bestätigt auch in diesem Fall die Regel. In der Stadt Helena des nordamerikanischen Staates Arkansas hat dieser Tage die Trauung eines 11jährigen Negers namens Sandy Alexander mit einer 60jährigen Negerin stattgefunden. So wenigstens berichten amerikanische Blätter, und die ältesten Leute in Helena wollen sich genau erinnern können, den großen Bräutigam bereits vor 70 Jahren als „Ortel Sandy“ mit drei erwachsenen Kindern gekannt zu haben. Der 11jährige führt seine erstaunliche Langlebigkeit auf seine mäßige Lebensweise zurück; er ist jedoch weder Nichtraucher noch Abstinenz. Er entsinnt sich noch genau des Einzugs der englischen Truppen in Washington im Jahre 1812 und der Niederbrennung des Weißen Hauses und der Parlamentsgebäude. Alexander war Diener im Weißen Hause unter der Präsidentschaft von Polk. In Amerika erregt der Fall begeistertes Aufsehen: es kommt schon selten genug vor, daß ein Neger ein Alter erreicht, das auch bei Weißen eine äußerst merkwürdige Ausnahme bildet, aber daß ein 11jähriger Neger noch eine Ehe eingetruht und einen neuen „Bund fürs Leben“ schließt — das ist selbst im Land der unbegrenzten Möglichkeiten noch nicht dagewesen.

Genossenschaftsbewegung.

Warnung vor zweifelhaften Darlehensgenossenschaften. Das „Soziale Museum“ in Frankfurt a. M. hat schon wiederholt vor Unternehmungen gewarnt, die unter dem Deckmantel einer Darlehensgenossenschaft ihre Opfer in niederträchtigster Weise schröpfen. Unternehmern gründen eine Genossenschaft und werben überall Genossen an, denen sie ein Darlehen versprechen. Der Darlehenssuchende wird über seine Vermögensverhältnisse und seine Kreditwürdigkeit ausgefragt und ihm dann das Darlehen in Aussicht gestellt, und zwar ohne jede Sicherheit, wenn er Mitglied dieser Darlehensgenossenschaft wird. Erklärt sich der Klient dazu bereit, so muß er eine Beitrittserklärung der Genossenschaft unterzeichnen. Selbstverständlich hat er dann Eintrittsgeld zu bezahlen. Dann aber, nach Erfüllung sämtlicher Formalitäten, erklärt man ihm, daß er das Darlehen ohne Bürgschaft oder reale Sicherheit nicht erhalten könne. Das Genossenschafts-gesetz gibt nun diesen zweifelhaften Genossenschaften die Handhabe, das auf diese Weise gewonnene Mitglied zur Zahlung der Geschäftsanteile in regelmäßigen monatlichen Beiträgen zu zwingen. Diese Darlehensgenossenschaften versäumen auch niemals, die Gerichte in Anspruch zu nehmen, sofern sie ein auf diese Art gepreßter Genosse weigert, die monatlichen Beiträge zu zahlen. Kündigt ein Genosse seine Mitgliedschaft, wobei die Kündigungsfrist zwei Jahre beträgt, und fordert er nach Ablauf dieser Kündigungsfrist die Rückzahlung seines Geschäftsanteils, so wird ihm erklärt, daß die Genossenschaft von ihrem gesetzlichen Rechte, den Anteil erst innerhalb sechs Monaten nach dem Ausschneiden der Genossen auszuzahlen, Gebrauch machen müsse. Das „Soziale Museum“ berichtet von einem Falle, wobei einer armen Frau sehr übel mitgespielt wurde. Es handelt sich um ein Unternehmen in Leipzig, dem durch gerichtliches Urteil die Aufnahme neuer Mitglieder schon vor einiger Zeit untersagt wurde. Dieses Unternehmen geht in rücksichtsloser Weise gegen Mitglieder mit Klagen vor, sofern sie sich weigern, für ein offenes Schwindelunternehmen Monatsbeiträge zu zahlen. Begegnenderweise verklagt die Genossenschaft ihre Mitglieder in Leipzig. Außerhalb Leipzigs wohnenden Personen ist es in den meisten Fällen aus Mangel an Mitteln nicht möglich, persönlich im Termin zu erscheinen, welchen Umstand die Genossenschaft sich selbstverständlich zunutze macht. Die Frau war auf Grund ihrer Kündigung aus der Genossenschaft ausgeschieden. Sie hatte Anspruch auf Auszahlung eines Geschäftsanteils von 40 Mk., dagegen schuldete sie der Genossenschaft 10 Mk. an rückständigen Beitrag. Sie ersuchte die Genossenschaft, die Forderung von 10 Mk. von ihrem Guthaben in Abzug zu bringen. Trotzdem verklagte die Genossenschaft die Frau. Allerdings war das Gericht einsichtig genug, das Verfahren so lange auszusetzen, bis das gegen die Genossenschaft schwebende Verwaltungsstreitverfahren seine Erledigung gefunden hätte. Es kann vor diesen mit dem schönen Namen Genossenschaft Mißbrauch treibenden zweifelhaften Unternehmungen nicht eindringlich genug gewarnt werden. Leider läßt das bestehende Recht solche Erscheinungen zu. Sind die betrieblamen Unternehmer gerissen genug, rein formell die Vorschriften des Genossenschafts-gesetzes korrekt zu beachten, so kann der in die List eingelegene Genosse diese Eintragung nicht anfechten. Hier kann nur durch Beobachtung äußerster Vorsicht den gemeingefährlichen Manipulationen entgegengetreten werden.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Höchstwichtige Mitteilung für alle Leser des „Lübecker Volksboten“.



Unsere Lesern teilen wir hierdurch mit, daß wir von jetzt ab eine reich illustrierte Wochenzeitung unter dem Titel „Welt und Wissen“ herausgeben und hierdurch ein Blatt geschaffen haben, welches sowohl den ernsten Gelehrten wie auch den Mann aus dem Volke voll befriedigen wird. Die Ausstattung ist eine erstklassige. Zahlreiche gewählte Abbildungen werden das geschriebene Wort ergänzen. Die Namen der Mitarbeiter — nur anerkannte Fachleute — sind jedem gebildeten Deutschen bekannt. Um nun zu ermöglichen, daß alle unsere Abonnenten darauf abonnieren können, haben wir die Preise herabgesetzt, die wir notwendig haben müssen, äußerst niedrig gestellt, und zwar auf nur 10 Pf. für ein 24 Seiten hartes Heft. Jedes Heft enthält 10—20 Artikel, von denen wir als Beispiel einige aufzählen: — Der Mensch in der Vorhauzeit. — Wann die Erde erdurt. — Gewandtheit und Schwere. — Der Dick und dessen Gesundheit.

Das Leben unter Wasser. — Fernphotographie. — Liebe und Ehe bei den Naturvölkern. — Der Mensch und die Geisteswelt. — Flüssige Luft. — Einfluß der Lebensweise auf das Menschenalter. — Verwundene Städte in der Sahara. — Die Zukunft der Elektrizität im Haushalt. — Mein Aquarium. — Unser Sonnensystem. — Das heutige Erbrecht usw. usw. Im unser Ziel zu erreichen, daß „Welt und Wissen“ von jedem Gebildeten abonniert wird, liefern wir an Abonnenten von Welt und Wissen“ eine große illustrierte Hand- und Hausbibliothek vollständig gratis, und zwar sind folgende Werke in Aussicht genommen, von denen zu jedem Jahrgang resp. 52 Hefelieferungen 3 kompl. Werke geliefert werden: Illustrierte Geschichte des Deutschen Volkes. Illustrierte Weltgeschichte. Die Entstehung der Erde. Illustrierte Himmelskunde. Illustrierte Kulturgeschichte des Deutschen Volkes. Denkwürdige Entdeckungsgeschichten. Denkwürdige Gründungen. Illustrierte Tierkunde. Illustrierte Pflanzenkunde. Illustriertes Buch der Technik. Entdeckungsgeschichten nach dem Nord- und Südpol.

Entdeckungsgeschichten im schwarzen Erdteil. Illustriertes Buch der Chemie. Der Vulkanismus. Die Luftschiffahrt und der Aero-plan. Der Bau des menschlichen Körpers. Die Völker Asiens. Die Völker Afrikas. Die Völker Amerikas. Illustrierte Geschichte des Altertums.

Bestellchein für die Abonnenten des „Lübecker Volksboten“. Herren Fr. Meyer & Co. Lübeck. Unterzeichneter abonniert hierdurch auf „Welt und Wissen“. 52 Hefte à 10 Pf. Name: _____ Ort: _____ Straße: _____